BRIEF
DD
0030085

3 1761 06560194 0

ediatisirung und Dualismus

in

Deutschland.

Hamburg.

Hoffmann und Campe.

1850.

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/mediatisirungund00hamb

Mediatisirung und Dualismus

in

Deutschland.

Bei Hoffmann und Campe in Hamburg ist erschienen:

	Thlr.	Sgr.
Briefe aus Wien. 2 Theile	3	—
— eines polnischen Edelmannes an einen deutschen Publicisten über die jüngsten Ereignisse in Polen 1846	1	15
Centralstaat und Föderativstaat Oesterreich	—	15
Czetz, J., Bem's Feldzug in Siebenbürgen in den Jahren 1848 und 1849	1	15
Enthüllungen aus Oesterreichs jüngster Vergangenheit	1	15
Glockenruf zum Fürsten-Congresse	—	10
Horvath, S., Graf Ludwig Batthyany	—	10
Lapinski, Th., Feldzug der ungarischen Hauptarmee im Jahre 1849	1	—
Landtag, der böhmische, im Jahre 1847	1	15
Oesterreich und dessen Zukunft, I. 3. Aufl.	1	—
— — — — II. 2 Aufl.	1	15
— im Jahre 1843	1	—
— Städte, Länder, Personen und Zustände	1	15
Reise durch Oesterreich nach Constantinopel und Triest	1	15
Reisinger, Dr., politische Bilder aus Ungarns Neuzeit	—	25
Schattenseiten der österreichischen Staatsverwaltung und gesellschaftlichen Zustände	—	25
Schuselka, Fr., Oesterreichische Vor- und Rückschritte	1	15
— Oesterreich über Alles, wenn es nur will	—	7½
— Deutsche Worte eines Oesterreichers	1	15
— Deutschland, Polen und Rußland.	1	15
— Die orientalische, d. i. russische Frage	—	15
— Deutsche Volkspolitik	1	15
Sibyllinische Bücher aus Oesterreich. 2 Bände	3	—
Spaziergänge eines zweiten Wiener Poeten	1	—
Standpunkt, des Oesterreichers richtiger	—	5
Szarvady, Auf! Deutschland	—	5
Teleki, Graf Ladislaus, die russische Intervention in Ungarn, nebst diplomatischen Aktenstücken	—	7½
Wahrheit, der, noch eine Gasse, dem Frieden eine Bahn.	—	7½
Wien und Rom	—	5

Mediatisirung und Dualismus

in

Deutschland.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF TORONTO

Motto.

La natura de' popoli è varia; ed è facile a persuadere loro una cosa, ma è difficile, di fermarli in quella persuasione. E però conviene essere ordinato in modo che quando non credono più, si possa far loro credere per forza.

Macchiavelli. Il Principe.

Hamburg.

Hoffmann und Campe.

1851.

BRIEF
DD
0030085

LIBRARY
MAR 25 1976
UNIVERSITY OF TORONTO

Voigt's Buchdruckerei in Wandsbeck.

Vorwort.

Diese Brochüre ist hervorgegangen aus ernsten Studien, jahrelangen Beobachtungen. Sie steht mit den Erscheinungen der Gegenwart nur in der Verbindung, daß sie die geschichtlichen Ereignisse des Tages in sich aufnahm. Im Uebrigen bietet sie das Ergebniß einer parteilosen, historischen Auffassung, verzichtet auf den ephemeren Beifall und erwartet die Entscheidung einer nahen Zukunft. Ihre Grundlage ist Objektivität.

Eine politische Nationalgeschichte hat Deutschland seit der Reformation nicht gehabt.

Selbst der Befreiungskampf gegen Napoleon gab nur eine Hoffnung, die ohne Erfüllung blieb.

Preußen stand als deutsche Macht vereinzelt; das Vaterlandsgefühl äußerte sich schwach in den südlichen und westlichen Theilen, und Rußland hat zum Mindesten den gleichen Anspruch an der Befreiung Europas von der französischen Weltherrschaft.

Obgleich die Bundesverfassung von 1815 an die historischen Traditionen wieder anknüpfte und Oesterreich den Vorsitz als Erbschaft der lang getragenen Kaiserkrone einräumte, so wurde damit doch die Thatsache nicht aufgehoben, welche durch die inzwischen zu ebenbürtiger Vollgiltigkeit gelangte Macht Preußens eingetreten war.

Der Dualismus, welcher Deutschland von jeher in die Hälfte des Nordens und des Südens theilte, bekam festeren Bestand und Ausdruck. Das seiner

Zeit vielbesprochene „Manuscript aus Süddeutschland“ dreht sich um diesen Gegensatz. Es nahm dabei so unumwundene Partei für Oesterreich, daß nur die auf ein spezifisches Hausregiment beschränkte Politik Metternichs die Vortheile jener Stimmungen und Zustände übersehen und zurückweisen konnte.

Es gab damals einen Augenblick, wo dem Wiener Kabinet die Gründung eines Zollvereins, wie ihn Preußen dreizehn Jahre später zu Stande brachte, recht nah und leicht zur Hand gegeben war. Es hätte damit jedenfalls den Zweck erreicht, daß ihm seine natürlichen Vorderlande nach Westen nicht von einem Nebenbuhler weggenommen worden wären, dem sie jetzt trotz so vieler heterogenen Elemente mit ihren Interessen eng verbunden sind.

Der deutsche Zollverein vom Jahre 1833 ist in Folge der Kurzsichtigkeit oder Gleichgiltigkeit der damaligen Regierung in Oesterreich die am schwersten zu beseitigende Errungenschaft einer preußischen Suprematie geworden, und der Plan, diesen Zollverein in einer Zolleinigung des gesammten Deutschlands und Oesterreichs aufgehen zu lassen, macht dem Scharfblicke des Staatsmannes alle Ehre, welcher, um ein Uebel zu entfernen, es an seinem Sitz erkennt und erfaßt.

Allein das Ergebniß davon hat nicht weiter zu gehen als den preußischen Zollverein zu sprengen, und somit die Verhältnisse wieder herzustellen, wie sie vor dessen Bildung gewesen waren. Wenn der Dualismus

der einzige Weg ist, um die deutsche Anarchie zu beenden, so kann es sich nur um eine natürliche und vernünftige Theilung handeln, die zugleich etwas weiter gehen muß als zu einem Zollvereine und Handelsbunde.

Wie man sonst die materiellen Interessen zurücksetzte und in staatsrechtlich politischen Verträgen die ganze Ordnung der Dinge abzumachen vermeinte, so ist man jetzt in den entgegengesetzten Fehler verfallen. Die materiellen Interessen sollen der Grund- und Schlußstein für Staatsverfassungen und Regierungsformen sein.

Man übersieht, daß unsere Zeit von dem Gegensatz der Prinzipien zerrissen ist, und die höchsten Interessen des Handels und der Industrie sich unmöglich verstehen und vermitteln lassen, bevor nicht das Recht festgesetzt ist.

Wenn die äußerste Partei der Demokratie, die soziale, überhaupt alle Unterschiede von Nationalität nivellirt und die Völker unter dem Wahlspruch der Gleichheit und Brüderlichkeit in einen Familienbund zusammenschließt, so erkennen dagegen die reinen Republikaner die Möglichkeit eines einigen Deutschlands nur bei dieser ihrer Staatsform. Die Partei, welche die Einheit Deutschlands aus der Vergangenheit zu erneuern, und bei Festhaltung des monarchischen Prinzips in einer Kaiserwürde zu finden glaubte, ist vollständig und wol für immer gescheitert.

Der Hintergrund und Endpunkt der deutschen Frage beruht auf der Entscheidung, ob Republik, ob Monarchie?

Nur, wenn der Dualismus durchdringt, wenn Preußen und Oesterreich in voller Erkenntniß ihrer monarchischen Aufgabe Deutschland zwischen sich theilen und bei dieser Theilung sich unterstützen, kann die Republik fern gehalten werden. Wenn Deutschland bis jetzt nicht viel mehr als ein geographischer Begriff gewesen ist, so thut es nichts, wenn dann mit dem Begriffe auch das Wort verschwindet.

Der Dualismus ist allerdings nicht anders möglich, als nach Mediatisirung der kleinen Staaten. Diese Mediatisirung ist aber nöthig im Interesse des monarchischen Prinzips, welches sich allein, durch eigne Kraft in den kleinen Staaten nicht erhalten kann.

Gegen diese Einsicht der Zeit helfen keine Garantien von Verträgen, noch Kongresse.

Nur ein auswärtiges Protectorat könnte die kleinen Staaten vor der Nothwendigkeit schützen, aus welcher Oesterreich und Preußen streben müssen, mit ihnen ein Ende zu machen.

Und zuletzt würde auch bei der Fremdherrschaft ein gleiches Resultat eintreten, vorausgesetzt, daß selbige eine monarchische ist.

Die Herstellung des deutschen Bundes selbst für den Fall, daß die Theilnahme Preußens erzwungen werden könnte, würde doch eine todte Geburt sein. Man müßte denn die Revision seiner Verfassung damit

anfangen, daß man die Republik erklärte. Wenn auch die einheitliche Republik Deutschland noch unsinnigere Chimäre ist als die einheitliche Monarchie, so ist dagegen eine deutsche Föderativ-Republik recht wol denkbar und in den Zuständen begründet.

Bei den Unterschieden und Widerstreiten der deutschen Stämme ist es leichter, diese Stämme nach einer in Macht und Zahl gleichartigen Theilung zu gruppiren. Sie werden dann ohne Ueberhebung neben einander bestehen, sich zunächst in ihrem Kreis staatlich organisiren, und zuletzt, wie die Schweiz und die nordamerikanische Union, in einen nationalen Gesammtbund einigen können. Schwaben, Franken, Baiern, Pfälzer, Sachsen, Westphalen, Thüringer, Schlesier, Tyroler und Andere, die jetzt unter die Herrschaft verschiedener Dynastien zersplittert sind, fänden sich ohne Schwierigkeit zusammen und setzten die Stammesgeschichte fort, welche sie in früheren Zeiten begonnen hatten.

Zwischen ihnen ist die Ausgleichung durch einen freien gegenseitigen Vertrag recht wol denkbar. Hat die Territorial-Theilung die Kräfte möglichst gleich gemessen, so mag auch ein Uebereinkommen über die Bundesverfassung und eine Nationalvertretung zu erreichen sein.

Dagegen wird ein Bund monarchischer Staaten, welche bei den ungleichsten Machtverhältnissen doch ebenbürtige Rechtsansprüche machen, auf dem Wege des freien Vertrags niemals dahin gelangen. Die dynastischen Interessen müssen den Begriff des Vater-

lands auf das Gebiet innerhalb der Grenzpfähle beschränken, und können ihrer Sicherheit wegen der Idee einer solchen Nationalität, der sie selbst als erstes Opfer fallen würden, keine Konceſſionen machen.

Der föderative Freiſtaat gründet ſich auf mehr als eine hiſtoriſche Erfahrung; ein monarchiſcher Bundesſtaat dagegen iſt nur Theorie, und was man auch ſagen mag, die in Frankfurt zu verſuchende Reſtauration kann nicht über die Reſtauration eines Staatenbundes hinausgehen.

Wären im März 1848 die Köpfe einiger geweſen über das, was ſie wollten, ſo würden noch ganz andere Anſtrengungen nöthig geweſen ſein, um der Monarchie zum Siege zu verhelfen.

Die Lebensgefahr war für ſie mit dem Tage vorüber, an welchem Heckers Antrag auf Permanenz des Vor-Parlaments verworfen wurde. Die kaiſerlichen Deutſchthümler hätten in dem Andrang der Revolution, die damals in hohen Wogen ging, der Aufhebung von ſechs und dreißig Souverainetäten ohne Bedenken beigeſtimmt, wenn ſie nur eine Krone und mit ihr das monarchiſche Prinzip erhalten konnten. An der Doktrin der Profeſſoren und Burſchenſchaftler hat die deutſche Revolution den Hals gebrochen.

Eine Herſtellung des alten Bundestages hieße von den Erfahrungen keine Lehre annehmen und das Schickſal zu einer zweiten Kataſtrophe herausfordern. Da iſt es beſſer bei dem jetzigen Zuſtande der Auflöſung zu verbleiben, und Deutſchland ohne Bundes-

verhältniß als „membra disjecta“ neben einander bestehen zu lassen, ähnlich wie es in Italien der Fall. Solcher Zustand würde wenigstens der Geisteskraft und Energie eines großen Mannes nicht hinderlich sein, den Augenblick zu nutzen, und nach seinen Entwürfen dauernd zu gestalten. Ist dagegen der Bund wieder hergestellt, so sind Verträge zu brechen und auch die edelste Absicht wird von einer Rechtsverletzung entstellt.

Oesterreich sollte nicht nur seines wolverstandenen Interesses wegen auf die preußische Ansicht über die Auflösung des alten Bundestages eingehen, sondern auch der Herstellung desselben aus dem Grunde entsagen, weil für den Wiederausbruch einer Revolution, wobei die Monarchie ihren letzten Lebenskampf zu kämpfen haben wird, keine gefährlichere Saat ausgestreut werden kann, als jene.

Die meisten der kleinen deutschen Monarchien, um nicht zu sagen alle, sind überreif, daß sie geerntet werden.

Ihre Unfähigkeit, sich durch eigene Kraft zu behaupten, ist absolut.

Schon seit 1815 haben sie nur an fremden Rückhalt sich angelehnt. Als sie im März 1848 von diesem Rückhalt isolirt wurden, hätte die Revolution ihren Widerstand, wenn sie solchen auch leisten wollten, wie ein schwaches Rohr zu Boden gedrückt.

Auf die erste Nachricht der Pariser Ereignisse wurden in den süddeutschen Kleinstaaten Preßfreiheit, Versammlungsrecht und allgemeines Stimmrecht mit

einem Schlag der monarchischen Schwäche entrungen, und der Fürst behielt im wahren Sinne des Wortes seine Krone nur von Volkesgnaden.

Selbst als der erste Anlauf vorüber und die Entnüchterung dem Rausche gefolgt war, als in den großen Staaten die gesetzliche Ordnung und mit ihr das Ansehen und die Macht der Regierung sich befestigt hatte, und die Revolution verzweiflungsvoll ihre letzten Karten ausspielte, vermochten weder die Regenten von Baiern, noch Sachsen, noch Baden die Anarchie zu unterjochen und sich im Besitz ihres Landes und ihrer Regierung zu behaupten. Fremde Bayonnette haben den König Friedrich August nach Dresden, den Großherzog von Baden nach Karlsruhe zurückgeführt, und dieselbe Hilfe war nöthig, um Baiern die Pfalz zurückzuerobern und zu sichern. Auf Würtemberg, Hessen und die andern kleinen Staaten haben jene Interventionen mittelbar in ganz gleicher Weise gewirkt, denn nur die Furcht vor denselben hielt und hält die Empörung nieder. Die Demokratie in Sachsen und Würtemberg verwies stets auf das österreichische Armeecorps in Böhmen und Vorarlberg, wenn sie sich der nothwendigen Reaktion zähneknirschend unterwarf, womit die Regierung die ihrer Schwäche und Wehrlosigkeit abgedrungenen Konzessionen aus dem Jahre 1848 wieder gut zu machen suchte.

Die Wahrheit dieser Thatsachen gehört unserer Zeitgeschichte an, und alle Selbsttäuschungen und Beschönigungen können davon kein Jota rauben.

Das monarchiſche Prinzip hat in den kleinen Staaten den Todesſtoß erlitten, denn mit dem Glauben an ſeine göttliche Satzung iſt auch der Glaube an ſeine materielle Macht verloren gegangen. Um ſich zu behaupten, ſind fortgeſetzte Gewaltſtreiche nothwendig und wie wolberechtigt die Reaktion ſein mag, ihre Wirkung iſt darum verfehlt, weil ſie nur durch auswärtige Auktorität, ſei es mittelbar, ſei es unmittelbar, ausgeführt werden kann.

Wenn das conſtitutionelle Syſtem überhaupt auf Fiktionen und Hypotheſen beruht und in ſeiner Wahrheit nur Doktrin iſt, ſo iſt es in den kleinen deutſchen Staaten ganz unhaltbar geworden und nicht einmal zum Temporiſiren zu gebrauchen. Man kann dort mit keiner Verfaſſung, mit keinem Landtage regieren. Ein Verfaſſungsbruch muß dem andern, eine Kammerauflöſung der andern folgen. Entweder gewinnt die Demokratie die Oberhand und geht zur Republik über, oder der Abſolutismus muß dieſen Schwankungen ein Ende machen und alle Inſtitutionen mit der Wurzel ausrotten, die in ihrem Wachsthum zum Verderben jeder monarchiſchen Macht ſich entfalten.

Allein die Regierungen der kleinen Staaten ſind zu ſchwach, um das abſolute Regiment durchzuſetzen und zu behaupten. Bei der großen Mehrheit des Volkes, nicht nur in den Spitzen der Intelligenz ſondern ſelbſt in den Schichten des Bürgerſtandes und der ländlichen Bevölkerung hat die Anhänglichkeit an das angeſtammte Herrſcherhaus viel an Boden verloren.

Die Republik ist in ihren Köpfen und Herzen, und die Erfahrungen des letzten Jahres sind nicht im Stande gewesen, diesen Tendenzen und Gesinnungen Eintrag zu thun.

Dies alles gilt vornemlich von den kleinen Staaten des südwestlichen Deutschlands. Man müßte mit sehr oberflächlicher Beobachtung reisen, wenn man sich durch die preußische Okkupation Badens über dessen wahre Stimmung täuschen sollte. In Würtemberg, dessen König drei und dreißig Jahre hindurch mit Gerechtigkeit und Hingabe an das allgemeine Landeswohl regiert, ist nach wiederholter Auflösung immer wieder eine Kammer zusammengetreten, mit deren Mehrheit sich die Monarchie nicht verständigen kann. Der günstigste Fall ist, daß die Monarchie in Betracht der dermaligen Mißverhältnisse geduldet wird, aber wenn der Tag kommen wird, wo es gilt, sie zu vertheidigen, da wird sich offenbaren, wie Wenige ihr aus Ueberzeugung und Ergebenheit anhängen, wie Viele sie auf den Tod bekämpfen und wie gleichgiltig und theilnahmlos die Meisten ihrem Sturze zusehen.

Die Ruhe jetzt ist trügerisch und die Lage gefährlicher als in den Märztagen, wo noch viele gläubig waren und hofften. die jetzt enttäuscht sind und verzweifeln. Die Taktik der Demokratie ist dermalen gerichtet au pis aller. Sie muß alle Brücken hinter sich abwerfen, ihre Schiffe verbrennen und die Kluft unübersteiglich machen. Entweder, — oder!

Nicht beſſer ſieht es aus in Naſſau, in der Pfalz, Heſſen und einem Theil von Franken, wo die gegen die Aufſtände des vorigen Jahres nur halb vollendete Reaktion des Siegers die Beſiegten weder gewonnen noch vernichtet, wol aber in ihrer Anzahl, Ueberzeugung und Leidenſchaft verſtärkt hat. Die nächſte Bewegung wird da nicht wieder vor den Thronen ſtehen bleiben.

Die deutſchen Regierungen haben ſich über die Volksſtimmung und Geſinnung Illuſionen hingegeben, die ſie mit bittern Erfahrungen büßen mußten. Die untern Beamten, in der Abſicht, ſich wolgefällig zu machen, pflegten und pflegen die Zuſtände der ihnen anvertrauten Bezirke im roſigſten Lichte darzuſtellen. Kamen der Regent oder die Miniſter auf kurzen Beſuch, ſo verfuhren ſie wie Potemkin, welcher der Kaiſerin Katharina gemalte Dörfer und aus weiter Ferne hergetriebene Bewohner vor die Augen führte.

Der König von Würtemberg und der Großherzog von Baden ſind ſprechende Beweiſe davon. Welch' hohe Meinung hat man dieſen Fürſten von der Liebe und Verehrung ihrer Unterthanen beigebracht, und ihrer Popularität die glänzendſten Feſte gefeiert! Und welche Kehrſeite zeigte dieſe Medaille in den Jahren 1848 und 49.

Wer jenes Land kennt, wie es bekannt ſein muß, um darüber in Wahrheit zu urtheilen wird wiſſen, daß nicht durch Ueberraſchung des Augenblicks und plötzliches Erwachen der Leidenſchaft, die Revolution entſchieden wurde.

Sie fand einen bereits durcharbeiteten Boden und eine keimende Saat, welche sich rasch zur Blüte erschloß.

Es wäre sehr lehrreich und interessant, die Geschichte der radikalen Parteien und der politischen Propaganda im südlichen Deutschland in ihrem Zusammenhange darzustellen. Man müßte bei der Schule anfangen, welche die eigentliche demokratische Pflanzschule war. So oft ist aus Rücksichten der Humanität eine Gehaltsverbesserung der Schullehrer beantragt worden. Vielleicht sind die Rücksichten der Politik noch dringendere. Jene Schullehrer, die mit schweren Nahrungssorgen zu kämpfen hatten, und dabei nicht selten Kenntnisse und Fähigkeiten besaßen, die sie zu einem bessern Loos berechtigten, jene Schullehrer entschädigten sich für die Mißgunst des Schicksals durch Lehren des Hasses und der Feindschaft, die sie im Namen der Freiheit der ihr anvertrauten Jugend einprägten. Die Hauptdemokraten in Baden und der Pfalz waren die Schulmeister, und die rasche Propaganda der modernen Ideen ist wesentlich durch sie vermittelt worden. Wie einseitig streng einzelne Präventivmaßregeln der Regierungen waren, in dem wichtigsten Punkte des öffentlichen Unterrichts und der Anvertrauung des Lehramts haben sie sich große Sorglosigkeit zu Schulden kommen lassen. Und dies ist ein Vorwurf, der ganz besonders jene vormärzlichen halbliberalen Ministerien in Baden und Würtemberg trifft, die von ihren eigenen Kindern verschlungen wurden.

Sodann übt die Nähe der Schweiz und Frankreichs einen doppelt gefährlichen Einfluß auf die Bewohner kleiner Staaten, deren Regierung nicht die Macht hat, sie davor zu bewahren. Einem französischen Nationalgefühl läßt sich wol nicht leicht mit einem badischen oder hessischen begegnen.

Die ganze Jugend auf dem linken Rheinufer ist durchdrungen von den politischen und sozialistischen Theorien, welche ihr aus Paris mit der größten Leichtigkeit zuströmen und im engen Wechselverkehr mit den westlichen Nachbarn durch alle Theile der Bevölkerung in Umlauf gebracht werden.

Desgleichen haben die Reisen der Handwerksburschen in die Schweiz und die beinahe zur Gewohnheit gewordene Sitte der dortigen Gewerbsleute, ihre Söhne auf einige Jahre nach Paris zu schicken, wogegen die sonst so häufigen Wanderschaften nach Wien fast ganz außer Uebung gekommen sind, nicht wenig zu der politischen Unruhe und Aufregung beigetragen.

Baden und die Pfalz haben im Jahre 1849 diese Solidarität der modernen Ideen von Weltverbesserung und gesellschaftlichen Reformen mit dem Juni-Aufstande in Paris und andern sozial-demokratischen Bewegungen Frankreichs deutlich an den Tag gelegt. Die provisorische Regierung in Kaiserslautern suchte Grundsätze zu organisiren, welche der Arbeitercommission des Luxemburg zur Ehre gereicht hätten. Das neue Steuersystem war sogar theilweise in Ausführung gekommen, als die preußischen Truppen dem ephemeren

Regiment ein Ende machten. Wie das Elsaß sich von jeher durch seine Ultra-Demokratie ausgezeichnet, und recht wol bewiesen hat, daß das deutsche Element, — wenn die Dinge einmal so weit gekommen, — noch gründlicher zu revolutioniren ist als das französische, so lag im vergangenen Jahre der Plan ganz bereit und verabredet, Baden, die Pfalz und das Elsaß zu einer rheinischen sozialen Republik zu vereinigen. Das Gelingen scheiterte zwar zunächst an der Unfähigkeit, Feigheit und Zwietracht der Führer, sodann aber auch an dem Umstande, daß der französische Republikaner, wenn er nicht Sozialist ist, sich in Sachen der National-Ehre und Unabhängigkeit so leicht zu keiner Konzession, am wenigsten zur Aufopferung eines Gebietstheiles versteht. Die kosmopolitische Demokratie wird in Frankreich so bald kein Glück machen.

Auch die preußische Rheinprovinz ist gewaltig von dem Geiste der Zerstörung durchwühlt. Köln war das eigentliche Hauptquartier der deutschen sozialen Demokraten und die Fabrikdistrikte stellten ein Proletariat von Hunderttausenden.

Allein gerade hier zeigte sich die festere Macht und der ausdauernde Widerstand des großen Staates. Wäre die preußische Rheinprovinz eine Monarchie für sich oder gar in kleinere Staaten zerstückelt gewesen, so hätte sie zuverlässig demselben Schicksal unterlegen wie Baden und die Pfalz. So aber, weil eine gewaltige Regierungskraft schlagfertig im Hintergrund stand, kam die Gährung nur an wenigen Orten zu

vorübergehenden, schnell gedämpften Ausbrüchen. Die konservative Partei war nicht isolirt und fand die nöthige Unterstützung, um den ersten Anlauf des Sturmes auszuhalten und ihre zerstreuten Kräfte zu sammeln und zu organisiren.

Ein kleiner Staat ist in einer politischen Propaganda leicht zu einigen und fortzureißen, weil sein Gesichtskreis eng ist, und die Mehrzahl seiner Bewohner sich auf gleichem Standpunkt befindet. Ist er einmal davon ergriffen, so wird es für die Regierung schwer sein, eine Stütze in der Propaganda einer andern entgegengesetzten politischen Ansicht zu finden, welcher bei großen Staaten recht wol ein ansehnlicher Theil des Volkes angehören und sie dadurch in den Stand setzen kann, der sogenannten öffentlichen Meinung als dem Ausdruck nur einer Partei zu widerstehen.

Um dies auf die Rheinlande anzuwenden, so hatte Preußen in seinen alten östlichen Provinzen einen festen Rückhalt, welcher genügte, um seine Existenz gegen die aus dem Westen drohenden Gefahren zu vertheidigen.

Allein nicht nur gegen die revolutionaire Ansteckung ist es gut, daß die Grenzmarken Deutschlands von einer Großmacht gedeckt werden, auch für den gewöhnlichen Krieg verlangt die Integrität des Territoriums gerade an jenen gefährlichsten Punkten eine genügende, unter einem Befehle vereinigte Streitmacht. Man hat den Südwesten Deutschlands durch den Aufbau zweier Bundesfestungen zu schützen sich bemüht. Indeß, wenn

man auf dieſe Weiſe die Schwäche erkannte, ſo hat man nur ein mangelhaftes Mittel dagegen gewählt.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben jedenfalls das Gute, daß Wahrheiten, die man früher kaum vertraulich zu geſtehen wagte, an das klare Licht der Sonne gelangt ſind. Dahin gehört die Erkenntniß von der Unverträglichkeit der kleinen Staaten mit der innern und äußern Sicherheit Deutſchlands. Sie konnten als Monarchien durch ihre eigene Kraft nur ſo lange ſich behaupten, als das patriarchaliſche Familienverhältniß zwiſchen ihnen und den Unterthanen beſtand, und von letzteren als eine höhere Satzung geglaubt und ohne Zweifel anerkannt wurde.

Dies nach Innen. — Nach Außen ſind ſie zu aller Zeit die Urſachen von Niederlagen und fremden Invaſionen geweſen. Sei es, daß die franzöſiſche Uebermacht ſie ohne Schwierigkeit über den Haufen warf, ſei es, daß ſie ihre Souverainetät durch ein dem Vaterland feindliches Bündniß mit der Fremdherrſchaft erkauften.

Da indeß hier vorzugsweiſe von den innern Zuſtänden und Beziehungen Deutſchlands die Rede iſt, und durch welche Mittel und Wege einer zweiten Revolution vorgebeugt werden ſoll, ſo hat die äußere Politik zurückzutreten und kann ihr nur Rückſicht in ſoweit, als ſie unmittelbar eingreift, geſchenkt werden.

Denn es wird doch Niemandem einfallen, zu läugnen, daß bei einer Wiederherſtellung der alten

Zustände nach den vorausgegangenen Erschütterungen die Widerstandskraft der kleinen Staaten (Baiern inbegriffen) noch mehr Null sein müsse, als im Jahre 1848.

Die großen Mächte Oesterreich und Preußen in ihrer eignen Existenz bedroht, haben zunächst für die Selbstvertheidigung zu sorgen. Inzwischen geht Zeit verloren, und die nächste Revolution von den Leidenschaften der Rache und unversöhnlichen Hasses getragen, und durch den Sozialismus befruchtet, wird den Monarchen und der bürgerlichen Gesellschaft einen Kampf auf Leben und Tod anbieten, dessen Ausgang für dieselben nur dann Chancen hoffen läßt, wenn sie bei Zeiten und mit Einsicht in die Unvermeidlichkeit der Mittel auf die Abwehr bedacht waren.

Mediatisirungen sind in Deutschland keine unbekannte Sache. Sie haben 1648 im westphälischen Frieden ihren Anfang und 1805 bei Auflösung des Reichs ihre Fortsetzung genommen. Es handelt sich also nur darum, das Werk zu schließen.

Man wird einwenden, daß diesen Mediatisirungen stets ein Krieg vorausgegangen sei. Daraus allein folgt indeß noch nicht die Nothwendigkeit derselben Wiederholung. Es mag sein, daß ein Krieg die Mediatisirung schneller und vollständiger herbeiführen würde, allein dies beweist noch nicht, daß sie auf friedlichem Wege unthunlich sei. Die großen Kabinette sind zu einem Kriege unter einander nicht mehr so rasch bereit wie ehedem, und die letzten Jahre haben zur Genüge ge-

zeigt, daß die drohendsten Konstellationen den europäischen Frieden nicht zu stören vermochten.

Die Besorgnisse von Protesten und Interventionen in Betreff der deutschen Angelegenheiten von Seiten Rußlands, Englands und Frankreichs sind zum guten Theile leere Schreckgebilde, welche je nach der Höhe oder Tiefe des politischen Barometerstandes an Bedeutung gewinnen oder verlieren. Rußland verlangt positiv Nichts weiter, als daß die Empörung in Hessen und zumal in Schleswig-Holstein zu Ende gebracht werde. Bei dem europäischen Interesse dieser letzten Frage sind auch Frankreich und England betheiligt. Für England liegt darin sogar das einzige Hinderniß einer entente cordiale mit Preußen. Die Garantien des Wiener Kongresses, worauf die Staatsordnung Europas noch immer beruhen soll, sind sehr precair geworden, und haben sich an verschiedenen Orten nach der zwingenden Kraft der Thatsachen wesentlich modifizirt. Wenn die Niederlande im Jahre 1830 ohne europäischen Krieg mit der Wiener Kongreß-Akte fertig wurden, so wird wol auch in Deutschland, welches von den fünf Großmächten zwei in sich faßt, die den National-Interessen entsprechendste Reform des zeitherigen Bundes als eine Sache der inneren Politik vor jeder fremden Einmischung zu bewahren und durchzuführen sein.

Es kommt nur auf Verständigung der beiden Großmächte an.

Dagegen wird die Mediatisirung allerdings ihre Schwierigkeiten bei denjenigen deutschen Staaten haben,

welche einer fremden Dynastie unterworfen sind, wie Luxemburg und Schleswig-Holstein. Dieselben sind aufzugeben, wenn der Krieg darum außer Verhältniß zu dem Preis stehen sollte, den ihre Erhaltung einbringt. So wäre es jedenfalls vorzuziehen, Schleswig lieber ganz zu verlieren, als durch die Erbfolge Oldenburgs auf den dänischen Thron ein weiteres deutsches Land zum Gegenstand der europäischen Kabinetspolitik zu machen.

Die schlimmste Seite der zeitherigen deutschen Bundesverfassung lag in diesem abhängigen Verhältniß vom Auslande. Sie war die Quelle der peinlichsten Verlegenheiten und ist diesen Augenblick die offene Wunde, deren Brand den ganzen Körper zu ergreifen droht.

Wenn es übrigens gelingt, Deutschland in zwei feste in sich einige und abgeschlossene Theile zu konstituiren, so wird jeder von ihnen so kräftig werden, um das, was für den Augenblick der Noth von deutschem Boden aufgegeben werden mußte, bei günstiger Gelegenheit des Laufes der Dinge zurück zu erwerben. Denn es ist nichts weniger gemeint, als den Dualismus in Deutschland zum Vortheil fremder Staaten zu begründen. Die deutsche Grenze soll wenigstens eben so weit gespannt sein, als dermalen, wo sich noch sechs und dreißig Regierungen in den vaterländischen Boden theilen.

Die Wege und Mittel zur Mediatisirung der kleinen Länder sind ohne äußeres Zuthun durch die bloßen Ereignisse der letzten Jahre vielfach angebahnt

und vorbereitet, so daß sie ohne Gewaltschritte mit der Zeit von selbst erfolgen, ja sogar verlangt und angeboten werden muß. Einzelne Beispiele, wie mit den beiden Hohenzollern, liegen bereits vor. Die Militair-Konventionen und die Unions-Verhältnisse, welche Preußen mit den kleinen Staaten eingegangen hat, sind fernere Einleitungen dazu.

Den kleinen Staaten ihre Unfähigkeit darzuthun, sich auf eignen Füßen zu behaupten, wäre nur eine Wiederholung dessen was schon gesagt wurde, und was die Zeitungen täglich melden.

Der große Staat d. h. Oesterreich und Preußen muß mit seiner Intervention immer bereit stehen. Er braucht also nichts weiteres zu thun, als den Eintritt dieser Nothwendigkeit abzuwarten und hat sich zu diesem Behuf nur streng neutral zu halten.

Die Demokratie arbeitet auf die Katastrophe los und die Reaktion, die gewaltsam sein muß, verstärkt ihre Reihen auch mit der Mittelpartei der conservativ Liberalen.

Man sehe nach Kurhessen.

Sodann giebt es in allen den kleinen Ländern eine täglich wachsende Partei, die der Kleinstaaterei herzlich müde ist, und sich nach ihrem Ende sehnt. Der theure Hofstaat, die Kosten der Verwaltung und des Militairs, die öffentliche Schuld, die Schwierigkeit bei dem immer mehr sich mindernden Credit Anleihen zu machen, die Finanzverlegenheiten, die daraus erwachsen, und vor Allem das Uebermaß der Abgaben

und Steuern, eignen sich so praktisch für die Fassungsgabe des gemeinen Mannes, daß er damit allein auf das Gründlichste revolutionirt werden kann und worden ist.

Auch die Partei jener Ehrgeizigen ist zu benutzen, die nach größeren Verhältnissen streben, um sich auszubreiten und vorwärts zu bringen. Die kleinen deutschen Staaten besitzen eine verhältnißmäßig höhere Summe von Intelligenz als die großen, und die Kapacitäten waren zu jeder Zeit bereit, ihr enges Vaterland in Deutschland aufgehen zu lassen. Sie haben sich aber meist mit der Idee begnügt und sich daran gewöhnt, Oesterreich und Preußen als die Wirklichkeit dafür zu nehmen. Oesterreich besonders hat in letzter Zeit auswärtige Talente in den verschiedenen Zweigen seiner neuen Organisirung verwendet. Es sollte diesen Zugang immer offen halten, weil damit für die Assimilirung der Interessen und Meinungen die besten Erfolge zu erwarten sind. Eine gewisse freiere Bewegung innerhalb ihres amtlichen Wirkungskreises kann denselben ohne Gefahr zugestanden werden, indem sie sich alsdann williger in das System fügen und von der Größe ihrer Aufgabe über einzelne Beschwerden im Kleinen hinwegsehen werden. Nichts hat Preußen mehr geschadet, als das pedantische, engherzige und vexatorische Regiment seiner Bureaukratie. Dagegen widerstrebt entschieden jede geistige Superiorität.

Wol zu beachten ist ferner die feindselige Haltung, welche in Süddeutschland der hohe Adel der Regierung oder vielmehr der Dynastie selbst gegenüber einnimmt.

Diese alten Geschlechter, deren Stammbaum oft weiter hinauf ragt, als der des regierenden Hauses, und deren Geschichte voll glorreicher Erinnerungen ist, kann sich über die Ungunst des Schicksals, welches sie der Selbstständigkeit beraubte, um sie Einem Glücklichen zu unterwerfen, so leicht nicht trösten. — Dazu kommt, daß nicht nur alle ihre Standesvorrechte vor der konstitutionellen Gleichheit des Gesetzes verschwunden, sondern daß auch ihre Einkünfte seit der Befreiung des Bodens bedeutend geschmälert sind. Der Glanz eines Hofes von Stuttgart oder Karlsruhe strahlt nicht weit genug, um sich darin sonnen zu können, und selbst ein Minister-Portfeuille oder ein Generals-Patent üben nur schwache Verführung auf ihren Ehrgeiz. Dazu kommt das andere wichtige Moment, daß sie, entgegen der protestantischen Konfession des regierenden Hauses, in der Mehrzahl beim Katholicismus verblieben sind. Sie bildeten im Bunde mit der Hierarchie die ultramontane Partei und nicht die kleinsten Schwierigkeiten für die regelmäßige Handhabe der Regierungsgewalt sind daher geflossen. Auch Mirabeaus sind unter ihnen, die mit der Demokratie buhlen, und der vor kurzem verhandelte politische Prozeß des Fürsten Zeil-Waldburg ist nicht außer Acht zu lassen, wenn man die der Monarchie in den kleinen Staaten drohenden Gefahren im ganzen Umfange und nach allen Seiten untersuchen will. Daß sich dieser hohe Adel bei einer Einverleibung mit Oesterreich und Preußen eher in seine Lage fügen werde, beweist das Verhalten

eben desselben Adels, welcher in diesen großen Staaten besteht und dem Throne nicht nur ein glänzendes Relief, sondern auch eine kräftige Stütze verleiht.

Es wird nicht schwer sein, aus den Thatsachen und Erfahrungen, und deren vernünftigen Kombinirung jene Ansicht zu widerlegen, wonach eine dauerhafte Constituirung Deutschlands auf der Trias beruhen kann, d. h. Oesterreich, Preußen und das übrige Deutschland im Verband.

Denn die zehn Millionen Deutsche, welche letzteres auch betragen mag, werden schon ihrer geographischen Zersplitterung wegen unmöglich zu einer Einheit sich gestalten, und im Bundesverhältniß zu einander sind es Nullen, die sich nicht addiren lassen, sondern dazu eines Faktors bedürfen, der ihnen vorgesetzt wird.

Dieser Faktor würde aber weder Preußen noch Oesterreich sein, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach Frankreich, damit wären die Zeiten des Rheinbundes wieder da. Wenn aber Deutschland aufgehen muß, so ist es doch besser, es geschieht in Oesterreich und Preußen, als in Frankreich.

Die Wiederherstellung des alten Bundestags ist so lange ganz unmöglich, als Preußen die Theilnahme verweigert. Wie viele Sympathien es auch verscherzt hat, in jener Weigerung wird es von der öffentlichen Meinung aller Deutschen in weit überwiegender Mehrheit getragen.

Wenn die Versammlung in Frankfurt die Exekution gegen Preußen verfügt, so kann den dazu nöthigen Krieg doch nur Oesterreich führen.

Ist aber an eine Besiegung Preußens durch Oesterreich zu denken? — Aller Wahrscheinlichkeit nach würden Oesterreich und Preußen dabei zu Grunde gehen und auf ihren Trümmern sich die deutsche Bundesrepublik erheben.

Mag auch Preußen mit seiner Union für den Augenblick gescheitert sein, zur Herstellung des alten Bundesverhältnisses wird es ohne Zwang nicht die Hand reichen. Dies ist die einzige Erklärung, worin es sich bis auf die letzte Note treu geblieben. Es bedarf dazu auch keiner positiven That, es braucht sich nur, wie zeither, rein in der Negative zu verhalten.

In diesem Verhältniß haben auch die letzten Ereignisse Nichts geändert. Mit dem Verzicht auf die Union hat das Berliner Kabinet den Bundestag noch nicht anerkannt, Hessen und Schleswig mögen geopfert werden, die Union eine verfehlte Form gewesen sein, aber dasselbe vormärzliche Deutschland herzustellen, liegt außer Menschenkraft. Es kann nur besser oder schlimmer werden.

Obgleich die Ablehnung der von dem Frankfurter Parlament Friedrich Wilhelm IV. angebotenen Kaiserkrone vom Standpunkte des monarchischen Prinzips alle Anerkennung verdient (denn dieses deutsche Kaiserthum hätte geraden Wegs zur deutschen Republik geführt), so hat doch die zwingende Kraft der Umstände Einiges von dem herbeigeführt, was dem Ehrgeize eines jungen noch nicht ausgewachsenen Staates, wie

Preußen, selbst bei den festesten Grundsätzen des Konservatismus schmeicheln mußte, und dies ist erfolgt, entgegen den gewiß nichts weniger als eroberungssüchtigen und ehrgeizigen Absichten des regierenden Königs. Die unabweisbare Folge der Dinge hat es mit sich gebracht.

Der Widerstreit zwischen Pflicht und Interesse liegt in der Natur des preußischen Staates und kann nur durch seine Auflösung oder durch seine bessere Arrondirung gelöst werden.

Die Schlagfertigkeit Preußens und die Zuverlässigkeit seiner Armee haben in den Jahren 1848 und 49 unbestreitbar die kleinen Dynastien gerettet.

Zu bedauern ist, daß Oesterreich an jenen Tagen bei sich noch nicht die Arme frei hatte, um an dem Schutze des monarchischen Prinzips an den Orten seinen ebenbürtigen Antheil zu nehmen, wo es durch Nachbarschaft und historische Tradition früheren Besitzstandes berufen war. Dies gilt vornemlich von dem Aufstande in Baden und der Pfalz, wo Oesterreich statt Preußen einschreiten mußte. Wäre dies geschehen, die deutsche Frage würde jetzt einfacher liegen und leichter und schneller zu ordnen sein.

Wenn man das alte Bundesrecht noch als vorhanden, oder vielmehr wieder auferstanden annimmt, so ist die preußische Union damit in keiner Weise verträglich. Es haben darauf fußend die Königreiche und einige andere Staaten den Vertrag vom 26. Mai 1849 für aufgelöst erklärt, sich von der Union losgesagt und der von Oesterreich ergangenen Einladung

auf Grund der alten Verträge sich als deutsche Bundesversammlung zu rekonstituiren, Folge geleistet.

Allein was ist damit Thatsächliches gewonnen, als der letzte untrügliche Beweis, daß auf diesem Wege der provisorische Zustand Deutschlands in keinen definitiven gebracht werden kann.

Der Fehlschlag war zu leicht voraus zu sehen, als daß dem politischen Scharfblick der großdeutschen Staatsmänner nicht ein weiterer Zielpunkt dabei hätte vorschweben sollen.

Die Beschickung der Frankfurter Versammlung geschah von Anfang an in unmittelbarem Ausfluß der Souverainetät eines jeden Bundesgliedes, welche ohne Rücksicht auf ihre Größe einander bei- aber niemals untergeordnet waren. Der Vorsitz Oesterreichs war nur Ehrenrecht.

Es folgt aus der Natur der Dinge und dem menschlichen Charakter, daß Niemand auf eine Macht, ein Recht, einen Vorzug, eine Auszeichnung oder was sonst ihn hochstellt und schätzen macht, freiwillig ohne innern oder äußern Beweggrund verzichtet. Die Souverainetät ist ein köstliches Gut und nicht nur für den gebornen Fürsten, sondern auch für das Volk, welches damit, wenn nicht Freiheit, doch Unabhängigkeit und selbsteigenes Regiment gesichert hat.

Mit Lust ist noch keine Krone verloren, wol aber, um sie zu erhalten, der verzweifeltste Kampf geführt worden. Herrschen mag eine Last sein, aber dann ist es jedenfalls eine süße.

Von diesen psychologischen Erfahrungen der Geschichte ausgehend war es wohl berechnet, die preußische Union als ein störendes Uebergewicht im deutschen Bunde mit dem einfachen Mittel zu lösen, daß bei den von derselben in ihrer politischen Selbstbeständigkeit bedrohten Kleinstaaten der Reiz hervorgebracht wurde, durch Betheiligung am alten Bundestage die Garantien ihrer Souverainetät wieder herzustellen. Preußen konnte die Union durch keinen andern Zwang als den der Ueberzeugung zusammenhalten. Wenn Sachsen, Hannover und Kurhessen ohne Hinderniß abfielen, so blieb den Duodez-Staaten dieselbe Befugniß offen, und Mecklenburg-Strelitz hat bewiesen, daß seiner freien Willensstimmung kein Hinderniß entgegen stand.

Es trafen viele günstige Umstände zusammen, um den Reiz der Souverainetät auch bei den kleinsten Regierungen mächtig wirken zu machen. Die deutsche Einigung durch das Parlament war als frommer Wunsch zu Nichte geworden, Preußen hatte den Erwartungen der Ehrgeizigen nicht nur nicht entsprochen, sondern durch strenge Reaktion nach Innen und mehr als nachgiebige Politik nach Außen die Liberalen und Nationalen vor den Kopf gestoßen und sich verfeindet.

Man war also, da das Allgemeine so hoffnungslos dalag, mehr als je geneigt, für sich zu bleiben, und zu Opfern für Preußen gewiß nicht disponirt. War so die Stimmung des Volkes, wie erst die der

Dynastien, welchen das Schicksal allmälichen Verschwindens bei nur irgend einiger Fortbildung der Union, doch deutlich genug vor Augen schweben mußte. Und manche von ihnen haben eine Particulargeschichte des höchsten Interesses und des gerechtesten Selbstgefühles, das kleine Hamburg zum Beispiel, auch Braunschweig und Andere.

Hätten alle diese kleinen Staaten sich von der Union losgesagt, und die volle bundesgemäße Herstellung ihrer Souverainetäts-Rechte in Anspruch genommen, so stand Preußen isolirt und die Union war vernichtet, denn die Kontrahenten fehlten.

Es ist anders gekommen. Nicht weniger als neunzehn Staaten haben der Versuchung widerstanden und sind in der Union verblieben, entgegen allen Erwartungen und Aussichten, und ungeachtet der geringen Schätzung, selbst feindlichen Gesinnung, die sich gegen Preußen aussprach.

Kann man also sagen, daß das Motiv jenes Verbleibens freier Wille der Dynastien, Zuneigung des Volkes oder Andrang politischer Parteien war? Weder die Konservativen noch Liberalen, geschweige die Extremen haben für die charakterlose Politik des Berliner Kabinets geschwärmt.

Das Motiv ihres Verbleibens ist die Nothwendigkeit, die absolute Anziehungskraft an einem Schwerpunkt, in dessen Verbindung sie allein die Möglichkeit fernerer Existenz zu suchen haben.

Und diese Eine Thatsache spricht besser, als das längste Raisonnement für die volle Reife jener neunzehn Staaten zur Mediatisirung. Wenn nicht Preußen selbst untergeht, können sie Preußen nicht mehr entgehen, und das gänzliche Aufhören ihrer politischen Selbstständigkeit ist nur eine Frage der Zeit, keine des Prinzips. Es bedarf deshalb der Auseinandersetzung nur darüber, wie langsam und schonend der Zerstörungsprozeß vor sich gehen, wie sehr mit dem Verschwinden des Wesens doch der Schein gewahrt, und welche Modifikationen sonst beliebt werden sollen.

Unter den deutschen Duodez-Staaten sind es nur Mecklenburg-Strelitz, Lippe-Schaumburg, Hessen-Homburg und Lichtenstein, welche der preußischen Union nicht angehören. Die beiden letztern werden durch ihre der südlichen Hälfte Deutschlands zufallende Lage vollkommen gerechtfertigt, wenn sie die bestimmenden Einflüsse der dort vorherrschenden Großmacht empfangen.

Was Mecklenburg-Strelitz und Lippe-Schaumburg betrifft, so dürfte ihr Protest der Nothwendigkeit ihres Aufgehens in Preußen nicht im geringsten präjudiziren. Es beweist nur den Mangel an Einsicht und vernünftiger Ergebung, wodurch sie sich von ihren Genossen unterscheiden. Hat der Großherzog von Strelitz vergessen, daß er einer Schwadron preußischer Husaren bedurfte, um sein Land im Zaum zu halten?

Dagegen befindet sich in der Union ein anderer Staat, der offenbar nur durch den eigenthümlichen

Gang der Ereigniſſe, und mehr durch äußeren Zwang als durch innere Nothwendigkeit in die preußiſche Union gelangt iſt, das Großherzogthum Baden.

Es iſt ſchon einmal bemerkt worden, daß die Beſetzung Badens durch Preußen das natürliche und hiſtoriſche Gleichgewicht der beiden deutſchen Großmächte vorzugsweiſe geſtört hat. Man kann vielleicht noch weiter gehen.

Wer jenes Land mit ſeinem bis in die innerſten Tiefen durchwühlten Boden kennt, wird allerdings zugeſtehen, daß es einer ſtarken Gewalt bedarf, um dort die bürgerliche Ordnung zu ſchützen und das Anſehen der Geſetze aufrecht zu erhalten. Es genügt dort nicht, den Großherzog und mit ihm die Monarchie reſtaurirt zu haben. Ohne Schutz der fremden Bayonnette würden beide den Tag darauf von Neuem zuſammenſtürzen, und ſogar trotz der bewaffneten Okkupation kann die regelmäßige Handhabe der Geſetze nicht zur Geltung gebracht, und muß der Ausnahmszuſtand von einem Monat auf den andern wieder erneuert werden.

Es iſt hier nicht der Ort, die wahren Urſachen der politiſchen Demoraliſation in jenem ſchönen Lande anzuführen, ſie ſind bekannt genug und datiren lange aus der vormärzlichen Zeit. Erwähnt ſei jedoch, daß die Monarchie in Baden ihren einzigen Feind keineswegs nur in der republikaniſchen Propaganda zu ſuchen hat, ſondern daß ſie einen organiſchen Fehler in ſich ſelbſt trägt, nämlich die Illegitimität des Großherzogs

ſelbſt. Der alte Bundestag hat zwar darüber weggeſehen und die Succeſſion der regierenden Linie ſanktionirt, allein dem Volke hat damit der Glaube an die Rechtmäßigkeit nicht oktroyirt werden können.

Wenn daraus ohne Widerrede folgt, daß die für die Erhaltung des monarchiſchen Prinzips unabwendbare Reaktion in Baden der Dazwiſchenkunft einer Großmacht bedarf, ſo iſt es nicht das politiſche Regiment an und für ſich, welches Preußen in jenem Lande führt, wogegen man ſich erklären muß, ſondern der einzige Umſtand, daß Preußen ein Amt verſieht, welches außer ſeinem natürlichen Beruf und Selbſtintereſſe liegt, während daſſelbe vielmehr Oeſterreich zuſtändig wäre.

Wenn Preußen, wie ein Blick auf die Karte lehrt, für eine beſſere Einheit des Gebiets und die Arrondirung ſeiner Grenzen Sorge tragen muß, ſo iſt eine Beſetzung Badens nur dazu geeignet, die Schwierigkeiten ſeiner Vertheidigungslinien zu vermehren. Man wird es ganz begreiflich und verſtändlich finden, wenn es ſeine alten Lande mit den neuen Beſitzungen am Rhein in ſtätigen Zuſammenhang zu bringen, wenn es ferner an der Nordſee Fuß zu faſſen und zu dieſem Behuf die entgegenſtehenden Hinderniſſe zu beſeitigen ſucht. Die mit ihm vereinten Staaten fallen auch mit der einzigen Ausnahme Badens in jenen nördlichen und nordweſtlichen Cirkel, und mancherlei Motive und Tendenzen wirken in und auf einander, um dort ſolidaire

Intereſſen und analoge Bezüge der Kulturſtufen, Erwerbsweiſen, Geſinnungen und Beſtrebungen hervorzubringen. — Dies alles, was vereinigt jene Nothwendigkeit begründet, aus welcher die kleinen Staaten des Nordens über kurz oder lang in Preußen aufzugehen haben.

Nichts davon iſt auf Baden anwendbar. Preußen erſcheint dort als rein erobernde und unterdrückende Macht. Es kann keine Partei mit wahrhaftigem Vertrauen die ſeine nennen. Sein ganzes Weſen und Thun iſt zu unverträglich mit dem dortigen Volkscharakter, als daß ſeine Exiſtenz irgend Wurzel faſſen könnte. Man hat ſo oft geſagt, die Abneigung Süddeutſchlands gegen das Preußenthum ſei zum guten Theil Manier und Einbildung. Nun, man wird ſich jetzt überzeugen können, wie viel Wahrheit daran iſt. Selbſt für den Fall, daß ein Deutſchland zu Stande gekommen wäre, würde die Ausgleichung ihre großen Mühen gehabt haben. Allein es hätte dann wenigſtens eine dritte Größe die feindlichen Mächte abſorbirt und den Preußen ihr ſpezielles Vaterland ſo gut entzogen, als den Würtembergern und Badenſern. Da dies aber fehlgeſchlagen, ſo will und wird der Süddeutſche niemals Preuße werden. In dieſer einen Alternative dürfte ſogar ein Großherzog von Baden Schutz bei der republikaniſchen Partei ſeines Landes finden.

Ganz anders ſtellt ſich die Frage Oeſterreich gegenüber, und zwar aus ſehr heterogenen Urſachen,

welche indeß in der Wirkung zusammentreffen. Wenn gleich die Demokratie die Monarchie bekämpfen wird, ohne darnach zu fragen ob sie einen doppelten oder einen einfachen Adler, ob sie eine schwarzgelbe oder schwarzweiße Fahne trägt, so ist doch die Thatsache nicht minder wahr, daß, wenn die Demokratie in Süddeutschland unterliegen muß, sie die österreichische der preußischen Herrschaft vorziehen wird. Der öffentliche Geist und die Sympathien des Volkes sind dabei von größtem Einfluß. Gegen Preußen wirken die bitter getäuschten Hoffnungen aller Deutschthümler, von jeher hat man von ihm ein größeres Maß politischer Freiheit erwartet als von Oesterreich, und die Beleidigungen, welche von Berlin her dem süddeutschen Wesen oft durch Kleinigkeiten geworden sind, haben tiefer eingeschnitten, als gewisse Gewaltakte, deren man das Wiener Kabinet anklagt. Man muß die süddeutsche Natur und Eigenthümlichkeit haben, um diesen Unterschied in seiner tiefen Bedeutung und ohne Rücksicht auf die sonstige Parteistellung zu begreifen. Rotteck hat dies mit wenig Worten ausgedrückt, indem er sagte: „diese preußischen Nadelstiche haben uns mehr erbittert als die österreichischen Faustschläge.“

Wie wenig es Preußen verstanden hat, sich auch nur eine politische Partei in Süddeutschland zu schaffen, beweist die Geschichte der Gothaer und deren totaler Bankerutt. Und wenn der Großherzog von Baden mehr aus Motiven dankbarer Pietät, als aus wirklicher Ueberzeugung sich und seine Regierung an Preußen

übergeben hat, so steht er eben vereinzelt unter seiner ganzen Familie, da über die Gesinnungen seiner Gemahlin und zumal seines Bruders, des Markgrafen Wilhelm, wol keine Zweifel herrschen können.

Die Entfernung der Preußen aus Baden und die Aufhebung ihrer Okkupation ist die Bedingung, ohne welche an eine Verständigung über die deutsche Frage, sei es, in welchem Sinne es wolle, nicht zu denken ist. Da indeß das Großherzogthum sich dermalen noch nicht allein überlassen werden kann, so wird Oesterreich die einschreitende Macht sein müssen, und in seiner Sphäre daselbst ganz dieselbe Position einnehmen, welche Preußen durch seine zeitherige Besetzung Hamburgs, so wie die einer nicht geringeren Macht gleichkommenden Militairconventionen mit Braunschweig, Anhalt und andern kleinen Staaten des Nordens behauptet.

Oesterreich wird in Baden die Demokratie mit nicht geringeren Anstrengungen niederzuhalten haben, und zu einem strengen Regiment genöthigt sein. Aber die Schwierigkeiten werden ihm eben nur von den politischen Parteien, nicht von der tief innerlichen Abneigung des Volkscharakters bereitet werden. In dieser Hinsicht läßt sich sogar Assimilirung erwarten. Ohne die historischen Traditionen der früheren Herrschaft Oesterreichs in dem badischen Oberlande und in Schwaben hoch anzuschlagen, sind doch die Wurzeln der Erinnerung noch keineswegs ganz ausgerottet. Sitten und Gebräuche, Lebensweise, bürgerliche und häusliche Einrichtung, Dialekt, Volkstrachten und Feste sind

für die Masse von mehr bindender Kraft, als abstrakte Grundsätze, politische Verträge und geistige Errungenschaften. In den höheren Klassen ist der Bildungsgang zwar gleichartiger mit Preußen als mit Oesterreich, aber um so frappanter ist die Erscheinung, daß selbst den intelligenten Mann seine Gefühle mehr nach Oesterreich als nach Preußen ziehen.

So gewiß verwerflich es ist, die Religion zu Zwecken der Politik zu mißbrauchen, so lassen sich doch die von selbst bestimmenden Einflüsse des Katholizismus nicht in Abrede stellen. Zumal ist dies der Fall bei den standesherrlichen Adelsfamilien, wovon bereits die Rede war und hier nur so viel nachzutragen ist, daß sie bei der Wahl zwischen Preußen und Oesterreich nicht unschlüssig sein können.

Die Zustände im Königreich Würtemberg sind dermalen dahin gediehen, daß die Intervention, welche bisher nur eine indirekte und moralische war, mit Allernächstem in eine unmittelbare und materielle übergehen dürfte. Die Anstalten sind getroffen, daß diese Intervention von Oesterreich vollzogen wird. Ein österreichisches Armeecorps in genügender Stärke ist in Vorarlberg aufgestellt, und kann in wenigen Stunden über den Bodensee auf würtembergisches Gebiet gelangen. Die vor kurzem erst vollendete Eisenbahn führt es in nicht viel längerer Zeit in das Innere des Landes. Der König von Würtemberg hat alle Mittel erschöpft innerhalb der Verfassung zu regieren. Eine mehrmalige Auflösung der Kammern hat indeß

nur dazu gedient, wiederholt eine demokratische Mehrheit als Volksvertretung zurück zu schicken. Auch hier trägt der coquette Liberalismus vormärzlicher Ministerien wesentliche Schuld an der Vernichtung und Lockerung der monarchischen Gesinnungen, welche sonst das schwäbische Volk auszeichneten, und die Konzessionen, welche sich im März der König durch den allen Widerstand bewältigenden Sturm auf Rath seiner demokratischen Minister entreißen ließ, verlangen jetzt, da sie mit friedlichem Einverständniß nicht zurückzunehmen sind, Gewaltschritte und zum Theil die Suspension der Verfassung selbst.

Um Wiederholungen zu vermeiden, genügt es auf Alles das zurückzuweisen, was von der Untergrabung und dem unvermeidlichen Zusammensturz der kleinen deutschen Monarchien ausführlich gesagt worden ist. Würtemberg, obgleich es ein Königreich ist, kann doch davon nicht ausgeschlossen werden, und es ist nur zu bedauern, daß die Unvermeidlichkeit des Verhängnisses einen Fürsten von so ausgezeichneten Gaben des Geistes und Herzens trifft, als König Wilhelm ist.

Wenn auch die Verhältnisse mächtiger sind, als seine Vorsätze und Kräfte, so wird er doch in dem einen Entschlusse recht behalten: „daß sich ein König von Würtemberg keinem Hohenzollern unterwerfe". Die Sache freilich wird ihm nicht entgehen, aber die Person wird Habsburg heißen.

Ernstere Konflicte in Bezug auf den Vorrang der österreichischen oder preußischen Großmacht offenbaren sich bei dem Königreich Sachsen. Zwar ist es dem Wiener Kabinet gelungen, Sachsen von der Union abtrünnig zu machen und dermalen fester an seine Politik zu schließen, als es zu irgend einer früheren Zeit der Fall war. In dieser Weise ist bei dem Dresdner Kabinet die preußische Intervention des vergangenen Jahres als vollkommen paralysirt anzusehen. Das Ministerium Beust hat die Reaktion von einer beinahe demokratischen Verfassung zu der vormärzlichen monarchischen mit Muth und Klugheit vollbracht, und von seiner Ergebenheit thatsächliche Beweise gegeben. Ebenso hängt das sächsische Militair unverkennbar an der kaiserlichen Armee, schon aus alt hergebrachter, durch die letzten Ereignisse noch verstärkter Eifersucht gegen Preußen.

Allein die Schwierigkeit in Sachsen ist, diesen Zustand zu behaupten. Es ist aus dem Gedächtniß des Volkes nicht zu verwischen, daß im Mai 1849 der König in seinem ganzen Lande keine andere Zuflucht finden konnte als auf der Felsenfeste des Königsteins; daß er in Berlin um Hilfe flehen mußte, weil er mit den eigenen Kräften seiner Soldaten die Revolution trotz ihrer Planlosigkeit und Isolirung nicht zu bezwingen im Stande war.

Wenn sich das sächsische Volksbewußtsein zeither an die glänzende Geschichte seiner Regenten knüpfte, so ist es jetzt damit auf immer vorbei. Die Theilung

des Jahres 1815 erregt bei der lebenden Generation nicht nur keine bittere Erinnerung mehr, als vielmehr den Wunsch, daß der Rest des Landes so bald als möglich demselben Schicksal erliegen möge. Die abgetretenen Provinzen befinden sich in gedeihlichem Zustand, äußern kein Bedauern über das verlorene Sachsenthum, und ihre Bewohner sind die loyalsten Preußen geworden.

Sachsen ist nach Baden unleugbar derjenige deutsche Staat, dessen Dynastie mit den lockersten Wurzeln am Boden haftet. Nicht nur die Erschütterungen der letzten Jahre haben aufgewühlt, die ganze politische und topographische Lage des Landes seit seiner Theilung war nicht von der Art, daß sie die Selbstständigkeit und den Particularismus des Stammes begünstigt hätte.

Man erinnert sich, daß auf dem Wiener Kongreß die Rede war, Sachsen ganz an Preußen zu geben, und den König Friedrich August mit einer Besitzung in Westphalen zu entschädigen. England vornemlich widersetzte sich diesem Antrag und rettete dadurch die politische Existenz eines Königreichs Sachsen. Allein dieser Existenz hatte die Theilung die Fundamente gelockert und entzogen, und im Sturm der Zeiten mußte das baufällige Haus zur Ruine werden.

Auf drei Seiten von den beiden Großmächten umschlossen konnte sich Sachsen bei Weitem weniger auf sich selbst beschränken als Würtemberg und sogar Baden, und war Berührungen und Einflüssen ausgesetzt, welche nicht allein durch den unvermeidlichen

Ascendant des großen Staates, sondern auch wesentlich durch den Umstand verstärkt wurden, daß die preußischen Grenznachbarn sächsische Landsleute waren.

Und wenn daher in der Politik nichts verderblicher wirkt, als Illusionen, so würde dieser Fall eintreten, wollte Oesterreich aus der Ergebenheit der sächsischen Dynastie und ihres dermaligen Ministeriums auf die Bereitwilligkeit und Neigung des sächsischen Volkes schließen, sich mit Oesterreich zu verbinden und darin aufzugehen. Es wäre ziemlich der analoge Fall wie mit Baden gegenüber von Preußen. Denn die Verschiedenheit der Volksbildung und des Volkscharakters ist hier nicht weniger groß wie dort. Noch maßgebender aber jedenfalls ist die Uebereinstimmung der materiellen Interessen und die Gleichheit der Konfession. Sachsen als Wiege des Protestantismus kann sich an einem Staat, dessen herrschende Kirche die katholische ist, freiwillig nicht ergeben. Diese beiden letztern Momente sind zu prägnant, als daß sie durch ein Partei-Manövre zu beseitigen wären.

Wenn das Gesagte von der überwiegenden Mehrheit des Volkes unbedingt gilt, so giebt es dagegen einen kleinen Theil Sachsens auf dem rechten Elbufer, welcher davon auszunehmen ist, und wo Oesterreich nicht nur in Folge der Tradition früherer Herrschaft, sondern auch aus gewissen Sympathien und mancherlei Gleichungen des Charakters und der Lebensweise, so wie der katholischen Religion, (die dort ihre einzigen Bekenner hat) Fuß zu fassen und zu behaupten vermöchte.

Dieser Theil ist die längs der böhmischen Grenze sich hinziehende Ober-Lausitz.

An der Spitze der kleinen deutschen Staaten steht Baiern mit einem Gebietsumfang und einer Bevölkerung, woher es oft den Anspruch einer „bairischen Politik", sogar einer „bairischen Nationalität" abgeleitet hat.

Man soll nicht um Worte streiten, wo Begriffe fehlen, und Baiern mag daher für einen Mittelstaat gelten. Allein unter allen Umständen ist es kein Mittelstaat von der Bedeutung Belgiens oder selbst der Schweiz. Seine Erhaltung beruht nicht wie da auf einer politischen Nothwendigkeit, um das europäische Gleichgewicht gegen die Uebergriffe von Außen her zu sichern.

Mit Baiern ist es anders. Seine Mediatisirung würde allerdings demjenigen Staate, in welchem es aufgeht, schönen Zuwachs gewähren, aber die europäische Machtstellung und Theilung nur vorübergehend affiziren, keinenfalls erschüttern.

Die Einverleibung Belgiens in Frankreich wäre für England ein unvermeidlicher casus belli; wegen Baiern wird es das Schwert nicht ziehen. Baiern kann sich auf Garantien der Neutralität, wie solche der Schweiz und Belgien in Folge höherer politischer Gebote zugestanden und erhalten werden, nicht berufen. Vermag es sodann durch eigene Kraft sich zu schützen, so muß es bei dem Kampfe der Großmächte für die eine oder andere sich erklären.

Die Vergangenheit zeigt in mehr als einer Wiederholung, wofür sich Baiern erklärt hat. Es war dies weder Preußen noch Oesterreich, sondern die fremde Macht Frankreich. Kein deutsches Land hat eine so unpatriotische antinationale Politik befolgt als Baiern, von ihm vorzugsweise sind die vielfachen Einmischungen Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten veranlaßt worden, und bereis vor Napoleon hat es in den Reihen der französischen Armee gegen das eigene Vaterland die verrätherischen Waffen getragen.

Oesterreich zumal möge nur in den Blättern seiner Geschichte nachschlagen, um sich zu erinnern, in welche schwere Bedrängnisse es durch die Perfidie des Münchener Kabinets bis auf die neueste Zeit gebracht worden ist. Trotz großer Uebereinstimmungen und Gleichungen, die zwischen dem Volk in Oesterreich und Baiern obwalten, und im gewöhnlichen Lauf der Dinge das beste Einvernehmen gestatten, haben sich doch die dynastischen Interessen bei dem Eintritt eines kritischen Wendepunktes, einer entscheidenden Katastrophe feindselig gegen einander gekehrt, und mit Erbitterung bekämpft.

Man sage nicht, diese Zeiten seien vorbei. So lange dieselben Ursachen fortdauern, werden dieselben Wirkungen sich wiederholen, d. h. so lange man Baiern in der Zwittergestalt eines Mittelstaates beläßt und die deutsche Bundesverfassung seine Souverainetät nicht mehr einschränkt als zeither, wird ihm der Reiz niemals fehlen, Preußen und Oesterreich gegenüber, eine

Selbstständigkeit einzunehmen, die es in Kriegszeiten allein zu behaupten nicht vermag, und in Folge davon zu einem landesverrätherischen Bündniß mit dem Ausland nöthigen wird.

Was ist aber der praktische Werth der Geschichte, wenn ihre Erfahrungen gerade für den Staatsmann verloren gehen? Wahrhaftig, die Erfahrungen, welche Oesterreich mit Baiern gemacht hat, sollte die Politik des Wiener Kabinets nur nach den Grundsätzen des Fürsten Kaunitz bestimmen. welcher die Einverleibung des rechten Donau-Ufers bis an den Lech als conditio sine qua non der Sicherheit des Kaiserstaates erklärte.

Oder glaubt man, von Westen her für die Zukunft keinen Sturm mehr erwarten zu dürfen? Der Janustempel in München hat zwei Eingänge. Jetzt ist der Eingang nach Osten zu geöffnet und giebt Oesterreich willkommenen Zutritt, aber eben so schnell wird er sich schließen, und den Eingang nach Westen öffnen, sobald jene Tage kommen, wo über Existenz von Thronen und Dynastien ein neues Kampfspiel beginnt. Hat Oesterreich nicht vorher gedacht an die Schlachtfelder der Successions-Kriege und der Feldzüge Napoleons, und Baierns Rolle dabei; nachher dürfte es zu spät sein.

Wenn die Mediatisirung der übrigen deutschen kleinen Staaten im Interesse der innern Sicherheit liegt, so ist bei der Mediatisirung Baierns die äußere Sicherheit das zu oberst bestimmende durch die Noth-

wendigkeit einer ungefährdeten Existenz für das Ganze von selbst gerechtfertigte Motiv. Der Dualismus in Deutschland soll der Integrität des deutschen Territoriums den nicht deutschen Großmächten gegenüber einen zuverlässigeren Schutz verleihen, als der zeitherige Bundestag.

Aber auch im Innern steht es nicht am Besten mit der Festigkeit der bairischen Monarchie. Die nicht minder lächerlichen als gewaltthätigen Versuche eine „bairische Nation" zu schaffen, haben nur dahin geführt die geradezu feindseligen Gegensätze der unter der Herrschaft der Wittelsbacher vereinigten Stämme an den Tag zu legen. Würde Baiern als Mittelstaat wenigstens eine einheitliche in einer gleichen und langen Geschichte innig verwobene Bevölkerung haben, so ließe sich die politische Selbstständigkeit zwar immer noch nicht behaupten aber doch begreifen. Statt dessen hängen seine Theile loser als irgendwo zusammen; sind neue in der Mehrzahl durch „Mediatisirung" erworbene Besitzungen von sehr verschiedenen Kulturgraden und mit Erinnerungen an eine ruhmvolle Vergangenheit, welche in der bairischen Nationalgeschichte der letzten 35 Jahre unmöglich aufgehen konnten. Wo ist bis jetzt die Ausgleichung zu finden zwischen den Pfälzern und Franken mit den Altbaiern? Es giebt kaum ein zweites Beispiel, welches die deutsche Stammesverschiedenheit so prägnant ausdrückt. Wenn daher in den alten Landen die Dynastie volksthümlich und mit ihr das monarchische Prinzip gesichert ist, so

müssen dagegen die neuen Lande, welche wenigstens die Hälfte des Reiches bilden, durch eine starke und immer bereite Macht in Abhängigkeit und Unterwerfung gehalten werden.

Wie unzuverlässig und unzureichend aber auch diese Vorkehrungen waren, davon geben die verflossenen Jahre unwiderlegbaren Beweis. Baiern ist nebst Baden derjenige Staat gewesen, wo ein massenhafter Abfall der Armee und Uebergang zur Revolution stattgefunden hat. Alles Läugnen und Beschönigen kann nicht die Thatsache aufheben, daß Baiern die schnelle Unterjochung der empörten Pfalz und die in Folge davon bewirkte Einschüchterung Frankens der preußischen Intervention verdankt. Auch seine fortdauernden Finanzverlegenheiten sind nicht zu übersehen. Um den großen Staat nur in der Weise zu spielen wie Belgien, fehlen ihm sowol die großen Geldmittel als sind auch die Kräfte und Resourcen des Landes nicht der Spannkraft und Ausbeute fähig, wie dort der Fall.

Die Gelegenheit bietet sich hier zu einem sehr zweckdienlichen Vergleiche. Auch Preußen sind im Westen jenseit des Rheines neue Besitzungen zugefallen. Widerstrebende Elemente, scharfe Gegensätze machten die Herrschaft im Anfang nicht minder schwer, als es Baiern mit seinen Erwerbungen erfuhr. Jetzt nach fünf und dreißig Jahren hat sich die Rheinprovinz in einer Weise borussificirt, daß die Revolution wol einen Kampf politischer Parteien hervorrufen konnte, aber frei blieb von jedem Versuche eines Abfalles.

Die Intereſſen eines großen Staatslebens hatten den Widerſtand der provinziellen Iſolirung überwunden, und um das Wort zu ſagen, ein preußiſches Bewußtſein erzeugt, welches für den Fehlſchlag des deutſchen Vaterlandes allenfalls entſchädigen konnte. Zugleich mußte auch jedes Beginnen der Umſturzpartei an der Organiſirung einer ſtarken Regierungsgewalt ſcheitern, die wol durch den Augenblick überraſcht aber nicht niedergeworfen werden konnte. In dem Klein- oder wenn man will, Mittelſtaat Baiern waren gleiche Wirkungen nicht zu erzielen. So gern man auch groß erſcheinen mochte und ſich künſtlich in die Höhe ſchraubte die Wirklichkeit ließ ſich von dergleichen Illuſionen nicht verblenden, die Verhältniſſe blieben ſo klein, wie ſie bleiben mußten, und die neuen Provinzen widerſtrebten einer Herrſchaft, die ihnen von den weder nach Macht noch Intelligenz imponirenden Altbaiern zugedacht war.

Wenn aber Preußen als großer Staat und durch die ſich davon ergebenden Folgen mit der Rheinprovinz fertig wurde, ſo kann Oeſterreich aus gleichen Urſachen mit Franken und der Pfalz daſſelbe Reſultat erwarten, ja es würde noch der bei Gelegenheit Badens gedachten Analogie die Ausführung vielleicht ſchneller und leichter vor ſich gehen.

Schwieriger als für Baiern ſtellt ſich die Frage der Mediatiſirung für Hannover. Nicht etwa, was ſeine innern Zuſtände betrifft, die nur mit geringer Modifikation in die allgemeine Schilderung der klein-

staatlichen Verhältnisse fallen, sondern einzig und allein der Stellung wegen, in welcher es durch seine Dynastie sich zu England befindet. Diese Schwierigkeiten würden allerdings unüberwindlich sein, wenn wie früher der Fall, Hannover durch eine Personal-Union mit England denselben Monarchen gemeinschaftlich hätte. Seit aber durch die Thronbesteigung der Königin Victoria sie selbst und ihre zahlreiche Nachkommenschaft von der Succession in Hannover ausgeschlossen worden, und dieselbe auf die männliche Seitenlinie der Agnaten übergegangen ist, sind die Schwierigkeiten zwar immer noch groß, aber doch nicht mehr unübersteiglich. Früher wäre das englische Nationalgefühl unmittelbarer bei der Mediatisirung Hannovers betheiligt gewesen, während jetzt dasselbe nur sekundär in Frage kommt, und vielmehr in erster Reihe die dynastischen Interessen stehen. Der König von England, welcher zugleich in Hannover herrscht, würde das englische Parlament und die Nation bei Weitem eher in seine Privatsachen verflechten, als der Herzog von Cumberland oder Cambridge, welcher als König von Hannover mit England nichts weiter gemein hat, als eine dynastische Verwandschaft.

Damit ist jedenfalls so viel gewonnen, daß England ein internationales Recht zur Einmischung nicht geltend machen kann. Freilich hat England bei vielen Gelegenheiten bewiesen, daß es von dem Recht die Interessen seiner Politik nicht beeinträchtigen läßt, und es nur immer darauf ankam, wie weit seine Macht und wie weit

die Schwäche seines Gegners ging, um jene Interessen geltend zu machen und durchzusetzen.

In der vorliegenden Frage wird seine Einmischung auf nichts weiter zu basiren sein, als auf die Wiener Verträge, und darauf hin können Rußland und Frankreich ein ganz gleiches Recht verlangen. Wie weit aber diese Verträge für die politische Umgestaltung Deutschlands innerhalb seiner Grenzen Rücksicht verdienen, davon ist schon oben die Rede gewesen.

Aber wird man sagen, die Interessen Englands dulden nicht, daß die kleinen deutschen Staaten an der Nordsee aufhören, und an ihre Stelle ein großer, fest geschlossener Staat mit selbstständiger Handelspolitik tritt, welcher durch die Ausdehnung bis zum Meere an Einfluß und Bedeutung gewinnen muß.

Es ist eine starke Anmuthung, wenn ein Dritter Jemandem das, was er in seinem eigenen Hause zu lassen und zu thun habe, aus keinem andern Grund vorschreiben will, als weil es seinen Interessen zweckdienlich ist. Wenn wirklich die Lage Deutschlands im Norden also war, daß sie bis jetzt von den englischen Interessen ausgebeutet werden konnte, so liegt eben darin ein dringendes Motiv mehr, damit ein Ende zu machen. Erwiesener Maßen sind die kleinen Nordseestaaten außer Stand, sich von den englischen Einflüssen so frei zu halten, als es für eine selbstständige, den deutschen Interessen entsprechende Handelspolitik nothwendig ist. Und da, wie gesagt, der Dualismus, die materielle Wolfahrt so wenig als die politische Ehre

und Größe Deutschlands verkürzen soll, so wird die Arrondirung Preußens durch die Hanseſtädte, Hannover und Oldenburg das einzig erſchöpfende Mittel ſein, um zu dieſem Ziele zu gelangen.

Zuletzt fragt ſich noch ſehr ob die Handelsintereſſen Englands darum leiden müſſen, wenn Hamburg, Bremen und die hannoverſchen Häfen preußiſcher Hoheit unterworfen ſind. Das handelspolitiſche Syſtem Preußens, bereits jetzt einem ſehr mäßigen Schutzzoll zugeneigt, würde ſich alsdann entſchiedener für den freien Verkehr erklären, und die Einfuhren engliſcher Fabrikate in allen den Zweigen nicht beſchränken, worin die durch mäßige Zölle geſchützte Fabrikation des Inlandes zu konkurriren unfähig iſt.

Es iſt bezeichnend und Beweis für die Wahrheit der voranſtehenden Behauptung, daß die auf ihre Handelsfreiheit ſo eiferſüchtigen Hanſeſtädte, zumal das im engliſchen Geſchäft ſo innig verwebte Hamburg bei der Union treu verharren, obgleich ſie mit dem preußiſchen Gebiet nicht einmal grenzen, und ſich daher unter den bisherigen Verhältniſſen recht wol in einer Sonderſtellung behaupten konnten. Hannover ſelbſt, als es das Bündniß vom 26. Mai einging, handelte nur im Ausdruck der öffentlichen Meinung, welche ſich von der Einigung mit Preußen ergiebige Reſultate für das allgemeine Beſte verſprach. Und wenn auch die Kabinetspolitik Ernſt Auguſt's gewechſelt hat, die öffentliche Meinung des Landes iſt ſich gleich verblieben. In Hannover herrſcht das umgekehrte Verhältniß von

Baden. Dort hält die großherzogliche Regierung mit Preußen, und das Volk ist dawider, hier will das Volk die Union, aber der König und seine Minister haben sich losgesagt.

Selbst den Fall angenommen, Deutschland ließe sich auf ein Trias constituiren, so wäre Hannover mit seiner von dem süddeutschen Bund geographisch abgeschnittenen Lage und einem mit demselben nur über Preußen zu bewerkstelligenden Verkehr nichts weiter als ein verlorner Posten, und wie könnten sich seine, dem Handel und der Schifffahrt ausschließlich zugewendeten Interessen, mit einer Politik befreunden, die, ganz binnenländischer Natur, vorzugsweise Industrie und Ackerbau zu schützen und zu pflegen hätte. Schon in solcher Trennung und Zerrissenheit der für jedes gedeihliche Volks- und Staatsleben zusammengehörigen Faktoren liegt der Unverstand des Projektes einer Trias.

Bekanntlich hat ein nicht unbeträchtlicher Theil Hannovers, die Provinz Ostfriesland, geraume Zeit unter preußischer Herrschaft gestanden. Sie bewahrt davon ein lebhaftes Gedächtniß der Zuneigung, welches bei mehr als einer Gelegenheit zum Ausdruck gekommen ist. Wenn im Uebrigen Hannover so gut wie jeder andere kleine Staat seine Partikulargeschichte hat und daran mit einer gewissen Vorliebe hängt, so ist dagegen nicht minder gewiß, daß Volksbildung und Sitte so wie die Gewohnheit des täglich auf einander verwiesenen Verkehrs das zwischen den alten und neuen Provinzen Preußens eingeschlossene Land mit Leichtigkeit

in die politische Einheit der nördlichen Hälfte Deutschlands fügen würden.

Wenn nicht frühere Ereignisse diesen Zeitpunkt beschleunigen, so wird der Tod des beinahe achtzigjährigen Monarchen entscheidende Folgen haben. Sein Sohn, der Kronprinz, ist auf beiden Augen unheilbar blind, und wenn auch ein von dem Vater gegen alles zeitherige Staatsrecht mittelst eines Machtspruches gegebenes Gesetz seine Regierungsfähigkeit durch Einsetzung einer Regentschaft ausgesprochen hat, so können bei den kritischen Verhältnissen der Gegenwart Eventualitäten eintreten, welche die Giltigkeit und Ausführbarkeit jenes Gesetzes unmöglich machen.

Inmitten, daß diese Zeilen geschrieben wurden, traten die Ereignisse in Hessen-Kassel ein. Ihre überzeugende Wirkung macht viele Worte überflüssig, und die Aufstellungen des feinsten Denkers bleiben hinter solcher Beweiskraft zurück. Man kann nur unschlüssig sein darüber, ob die größere Schuld bei dem Unverstand oder bei der Unmoralität zu suchen. Ueber die absolute Schwäche und Ohnmacht des Kurfürsten und seiner Minister, die Regierung eben so wenig absolut als konstitutionell zu führen, wird wol Niemand, er stehe rechts oder links, ein Wort des Zweifels wagen.

Zu Ehren des monarchischen Prinzips muß der Kurfürst restaurirt werden. Es kümmert hier nicht, wie weit dabei die Verfassung verletzt oder gewahrt wird. Auf die eine oder die andere Weise ist die

Intervention einer dritten Macht unvermeidlich geworden, einer Macht, die keine andere sein kann, als Preußen oder Oesterreich. Oder will man sagen, daß weil Baiern von der Frankfurter Versammlung mit der Exekution beauftragt worden ist, jetzt der deutsche Bund in Hessen intervenire?

Wozu die leeren Worte, die keinen Menschen mehr täuschen?

Wenn das Fürstencollegium der in Berlin versammelten Union in delikatester Form, aber darum mit nicht geringerem Ernst der Wahrheit die Instruktionen seines Verhaltens von dem preußischen Kabinet empfängt, so ist es ganz natürlich, daß der bestimmende Einfluß Oesterreichs das Gegengewicht auf jene kleinen Staaten übt, welche in seine politische Sphäre fallen, und außer dem natürlichen Bereich einer preußischen Herrschaft liegen. Die Selbstständigkeit Sachsens ist eben so Null, ob nun die Rückwand, woran es sich lehnt, schwarzgelbe oder schwarzweiße Farbe trägt, und wenn 20,000 Baiern auf Exekution eines Frankfurter Beschlusses marschiren, so weiß man in München sehr wol, daß für die eignen Bedürfnisse jeden Augenblick dreimal so viel Oesterreicher zu Gebote stehn.

Der Kurfürst wird also restaurirt, sei es durch österreichische, sei es durch preußische Vermittlung. Nach dem was vorausgegangen, kann von einer längern Okkupation des Landes nicht abgesehen werden. Denn auf sich allein verlassen, wäre der Monarch den andern Tag wieder auf der Flucht. Um den Wider-

ſtand der Volksvertretung, des oberſten Gerichtshofs, der Staats- und Gemeindebehörden, und der Mehrzahl des Officierkorps zu brechen, bleibt der Erhaltung ſeiner Krone keine andere Garantie, als die zureichende und ſchlagfertige Macht fremder Bayonnette. Dann regiert aber nicht mehr der Kurfürſt, ſondern Oeſterreich oder Preußen, und das beſte Legitimitätsrecht iſt nutzlos, wenn ihm die thatſächliche Grundlage und die Fähigkeit zur Ausübung fehlen.

Die Heſſen ſind unter den Deutſchen derjenige Volksſtamm, welcher von den Ausſchreitungen ſeiner Fürſten das Meiſte zu leiden hatte. Allein ſo lang die Tyrannei die Kraft beſaß, ſich auf eignen Füßen zu behaupten, iſt wol die jeweilige Regierung aber niemals das monarchiſche Prinzip bekämpft worden.

Hierin ruht der Wendepunkt der Gegenwart. Der dermalige Kurfürſt iſt eben nicht ſchlechter als ſeine Vorgänger, aber er iſt bei weitem ſchwächer. Das angeſtammte Herrſcherhaus verliert vielen Boden, ſobald das Vertrauen und die Unterſtützung des Volkes ſich von ihm abkehren, allein verloren iſt es erſt, wenn es verzagend an der eigenen Machtvollkommenheit im vernichtenden Selbſtgefühl abſoluter Schwäche und Ohnmacht von allen Parteien verlaſſen, ſelbſteigen ſeines Anſehens und des Glaubens daran ſich entkleidet. Sollte der Streit in Heſſen durch eine Ausgleichung, durch ein gegenſeitiges Kompromiß beigelegt werden, es wäre doch zu ſpät. Eine Regierung, wenn ſie keine liberale werden kann, mag ſich haſſen laſſen und doch beſtehen,

weil sie Kräfte besitzt; wenn aber das Volk sie als schwach zu verachten berechtigt ist, so ist sie dem Untergange geweiht.

Da alle Erfahrungen sich so rasch vergessen, so kommen die Ereignisse in Kassel recht zeitgemäß, und dienen dem Zweck, mit unmittelbaren Eindrücken zu bestätigen, was über den durch und durch verfaulten Zustand der deutschen Kleinstaaten und die Nothwendigkeit, mit ihnen ein entschiedenes Ende zu machen, bereits gesagt worden ist. Die Ereignisse sind um so lehrreicher, als sie nicht mitten in den Sturm der Märztage, sondern in eine Zeit fallen, wo die Regierungen ihre Kräfte gesammelt und sich vor Ueberraschungen gesichert haben. Es ist also das tieforganische Gebrechen, das unaufhaltsam zu Tage bricht, und nach so unendlich vielen Palliativmitteln endlich eine — radikale, spezifische Behandlung verlangt.

Man hat in der Weltgeschichte mehr als ein Vorkommniß, daß zwei Staaten mit unbegreiflicher Verblendung über die Gemeinschaft ihrer Interessen einander das größte Leid beizufügen sich bemühten. Oesterreich und Preußen sind dermalen auf dem besten Weg ein neues Beispiel davon zu liefern. Preußen will unter keiner Bedingung die Wiederherstellung des alten Bundestags. Dafür hat es die moralische Unterstützung der öffentlichen Meinung durch ganz Deutschland. Man könnte sagen, daß diese eine Negation die letzte nationale Errungenschaft der deutschen Revolutionen enthält.

Zu ihr haben sich die letzten Hoffnungen derer geflüchtet, welche um keinen Preis die alten Zustände wieder annehmen wollen, und wie sehr auch Preußen die außerordentlichsten Gunstbezeugungen des Glückes zurückgewiesen, und ein Füllhorn voll Sympathien unverantwortlich vergeudet hat, das eine Widerstreben gegen den Frankfurter Bundestag erhält es auf dem Niveau der Popularität, und die leichteste Demonstration, wie sie eben bei Anlaß von Kurhessen stattgefunden, genügt, um einen verlorenen Boden wieder zu gewinnen und seines natürlichen Vortheils sich zu bemächtigen.

Preußen kann diese Politik nicht aufgeben, ohne von seinem Rang als Großmacht herabzusteigen. Sie ist für ihn eine Lebensfrage, um derentwillen es selbst vor einem Krieg nicht zurückschrecken wird. Ein Friedrich der Große hätte freilich schon längst die Lösung herbeigeführt. Allein selbst eine von seinen Vorfahren so durchaus abweichende Persönlichkeit als Friedrich Wilhelm der Vierte steht bereits am Ende seiner Bedenken und Konceſſionen, und die zwingende Macht der Verhältnisse treibt immer schneller zu dem letzten verhängnißvollen Schritte. Die neunzehn mit Preußen unirten Kleinstaaten (Baden immer ausgenommen) haben trotz schwerer Versuchungen von Innen und Außen sich der Nothwendigkeit, welche sie in das politische System Preußen unweigerlich festbannt, nicht zu entziehen vermocht. Und doch können sich weder ihre Regierungen noch Völker darüber täuschen, daß der Fortgang und das Ende der Union ein

allmäliges Absorbiren und Aufgehen in die preußische Herrschaft sein müsse. Aeußere Umstände der Lage (mehre der kleinen Fürstenthümer sind Enclaven des preußischen Territoriums und die ganze Gruppe der Nord- und Ostseestaaten kann zu Land nur durch Preußens Vermittlung mit dem Süden und Westen kommuniziren), Stammes- und Interessengleichheit, materielle Vortheile, staatliche und bürgerliche Sicherheit u. s. w. treten mit raschen Wirkungen hinzu und verstärken das Naturgesetz, wonach der größere Körper immer den kleineren anzieht.

Oesterreich, indem es den Rechtstitel der preußischen Union läugnet, hat die bedeutendsten ihrer frühern Theilnehmer Hannover und Sachsen, so wie die beiden Hessen davon abwendig gemacht, und dieselben nebst den süddeutschen Ländern (Baden ausgenommen) unter seinem Vorsitz in einen Bund vereinigt, welcher unmittelbar anknüpfend an den alten im Jahre 1848 aufgelösten Bundestag, dessen staatsrechtliche und politische Eigenschaften für sich in Anspruch nimmt. Preußen dagegen verweigert dieser Frankfurter Versammlung die verlangte Anerkennung als deutsche Bundesversammlung, indem es erklärt, daß der alte Bundestag nach seiner legalen Auflösung nicht wieder beliebig nur von einem Theil seiner früheren Mitglieder auf Grund der alten Verfassung konstituirt werden könne.

So steht Behauptung gegen Behauptung, Verneinung gegen Verneinung. Wenn man von dem sophistischen Wirrwarr und der diplomatischen Dialektik

der unzähligen über die deutsche Frage gewechselten Noten und Denkschriften hinwegsieht und auf den Grund der Dinge forscht und sich an das Praktische hält, so ist die Frankfurter Versammlung nichts weiter als ein Fragment des alten Bundestags, welches seine Lebensfähigkeit erst dadurch bekunden muß, daß es seine Beschlüsse zur wirklichen Vollziehung bringt, sie in's Werk setzt. Nachdem seine Aufforderungen an Preußen und die unirten Staaten, sich bundesgemäß mit ihm zu vereinen, erfolglos geblieben sind, muß es getreu der Bundes-Akte, worauf seine Existenz beruhen soll, zur Exekution gegen die Widerspenstigen schreiten.

Schon oben ist davon die Rede gewesen, daß es zu diesem Zwecke nichts Geringeren bedarf, als einer Kriegserklärung Oesterreichs an Preußen. Wenn diese Kriegserklärung nicht erfolgt, wie es den Anschein hat, dann mag der Frankfurter Bundestag wol eine Rechtsfiktion, eine politische Hypothese sein, eine Thatsache ist er nimmermehr. Praktisch und vernünftig betrachtet, erscheint er als eine österreichische Union gegenüber der preußischen Union.

Wenn es bis jetzt noch nicht glücken wollte, der Frankfurter Versammlung die Anerkennung als deutscher Bundestag weder von Außen noch von Innen zu verschaffen *), so scheinen die Aussichten der nächsten Zukunft

*) Rußland hat dieser Tage einen Gesandten beglaubigt, steht aber bis jetzt noch isolirt.

noch weniger erwarten zu lassen. Hatte bereits der denkbare Fall einer Intervention in Kurhessen zu Gunsten der Hassenpflug'schen Politik Aufregung hervorgebracht, so sieht sich das thatsächliche Einschreiten selbst mit Folgen begleitet, deren Tragweite dermalen ganz außer Berechnung liegt, aber keinenfalls den Interessen Oesterreichs und der mit ihm verbündeten Staaten entsprechen wird.

Auch Kurhessen berührt auf einer ansehnlichen Ausdehnung seiner Grenzen die preußischen Lande, welche auf vertragsmäßig festgestellten Etappen-Straßen durch das kurhessische Gebiet strategisch mit einander verkehren. Preußen muß unter allen Umständen sich in den ungehinderten Besitz jener Straßen erhalten und eine dauernde Okkupation derselben durch zureichende Militairmacht so lange als bairische und österreichische Truppen Kurhessen auf Exekution des Frankfurter Beschlusses besetzt halten, dies ist außer Zweifel.

Nicht minder steht die Thatsache fest, daß, während der Kurfürst in Frankfurt Hilfe sucht, das kurhessische Volk sie von Berlin erwartet. Wenn es nun für den Fall einer Intervention von Einfluß ist, mit welchem Geist dieselbe von der Bevölkerung empfangen wird, so würden die Preußen einen großen Vortheil genießen, nachdem die hessische Armee dem Kurfürsten nicht die Garantien gewährt hat, um mit ihr seine Pläne durchzuführen.

Da indeß die Ereignisse die schwebende Frage jeden Tag entschiedener gestalten, und alle Voraussetzungen müßig sind, so kann hier nur die definitive

Stellung in Betracht kommen, welche Kurheſſen bei dem Dualismus nach Oeſterreich oder nach Preußen anzuweiſen iſt.

Ohne die Mainlinie gerade als durchaus normal zu betrachten, ſtimmt ihre Theilung im Ganzen genommen doch am beſten mit den Unterſchieden der Abſtammung, der Lebensweiſe, des Charakters, der Bodenverhältniſſe, ja ſelbſt mit der politiſchen Geſchichte der deutſchen Völker überein, die diesſeits und jenſeits der Linie wohnen. — Darnach würde Kurheſſen in die nördliche Hälfte fallen und etwa nur die Provinz Hanau und ein Theil der Grafſchaft Fulda ſich dem Süden anſchließen laſſen. Die alten Theile des Landes dagegen ſind auch mit ihrem Güterverkehr und Handelsbetrieb durch die Weſer nordwärts gewieſen, und Kurheſſen war einer der erſten Staaten, der ſich mit der preußiſchen Handelspolitik vereinigt und am treueſten an ihr gehalten hat.

Wenn alſo der Schwerpunkt der Intereſſen nach Norden fällt, ſo kann wegen einzelner Ausnahmen davon nicht abgegangen werden. Eben ſo wird umgekehrt vorkommen, daß dieſe und jene Theile der mit dem Süden zu vereinigenden Staaten für die erſte Zeit davon beeinträchtigt werden, und die Verbindung mit dem Norden vorgezogen hätten. Die Theilung iſt in der Hauptſache zu treffen. Nebenumſtände müſſen ſich bequemen.

Der Dualismus in Deutſchland kann und ſoll durchaus nicht mit einem Male vollendet und rund

gegen einander abgeschlossen zu überraschender Erscheinung kommen. Er hat einen langsamen Weg stiller und allmälicher Eroberung zu machen. Bis jetzt haben die Ereignisse selbst soweit die Einleitungen vollendet, daß er seinen Weg betreten kann. Die Aufhebung des zeitherigen Bundes und die vergeblichen Versuche seiner Wiedererweckung bedingen die Nothwendigkeit auf eine andere Weise Ordnung in die deutschen Angelegenheiten zu bringen und aus den wirren, schwankenden und provisorischen Zuständen zu festen definitiven Ergebnissen zu gelangen. Wenn dieselben den doppelten Zielpunkt haben, nach Innen die Revolution zu schließen, und nach Außen die Unabhängigkeit und Integrität des deutschen Nationalgebietes zu wahren, so ist der Weg und die Art, welche am schnellsten und zuverlässigsten dazu führen, allen andern vorzuziehen. Fehler sind in der Politik oft schlimmer als Verbrechen.

Man pflegt sonst in Deutschland sehr viel, oft zu viel auf fremdes Urtheil zu geben. Wie kommt es, daß die neuerdings in Frankreich und England sich immer klarer aussprechende Ansicht von dem Dualismus als der nächsten Zukunft Deutschlands und seines einzigen Auswegs aus dem gegenwärtigen Chaos in ihrer naturgemäßen und praktisch vernünftigen Anschauung von der öffentlichen Meinung so wenig erfaßt und geprüft worden ist? Daß in den Honigmonaten der Revolution und inmitten der grünenden Hoffnungen in der Paulskirche ein Gedanke daran sich nicht hervor-

wagen durfte, läßt sich erklären, obschon das Parlament einem ruhigen und feinen Beobachter bei mehr als einer Gelegenheit für die dualistische Spaltung in Norden und Süden, in Preußen und Oesterreich, die dringendsten Merkmale offenbarte. Jetzt aber sollten doch die Schuppen von den Augen gefallen sein und die bare Wirklichkeit die letzte Illusion zerstört haben.

Oder ist es falsche Scham, den Bankerutt eines deutschen Vaterlandes, wie er vor der ganzen Welt in voller Blöße daliegt, selbst einzugestehen? Diese unverbesserlichen Träumer, welche an wesenlosen Worten halten und immer und immer die Wolken umarmen.

Dies ist nicht der geringste Nachtheil der Kleinstaaterei gewesen, daß sie dergleichen patriotische Ideologen auferzog, welche sich über die Armseligkeit und Halbheit ihrer Verhältnisse mit der Phantasie eines einheitlichen Vaterlandes trösteten, ohne zu bedenken, daß sie damit zuerst praktisch beginnen mußten, die Vielheit zu vermindern. Und da ist es denn wol gerechtfertigt, bei den Kleinen den Anfang zu machen. Wenn statt sechs und dreißig Souverainetäten nur zwei übrig bleiben, so ist für eine Addition der Einheit bereits ein großer Vorsprung gewonnen.

Der vornehmlichste Zweck dieser Zeilen ist kein anderer, als einmal geradeaus und entschieden das Kind beim wahren Namen zu nennen, und ohne Umschweife auszusprechen, was Unzähligen auf dem Herzen liegt, und was der Gang der Ereignisse seit Auflösung des deutschen Parlaments zu der unabweisbaren Gewalt

einer vollbrachten Thatsache erhoben hat — Mediatisirung der Kleinstaaten von Baiern angefangen und Theilung der Herrschaft über Deutschland zwischen Oesterreich und Preußen.

Es ist hier nicht die Aufgabe, einen festgegliederten Plan der Ausführung, wie man die kleinen Staaten mediatisiren kann und soll, vorzulegen. Es handelt sich nur darum, der deutschen Frage eine definitive Richtung für ihre Lösung zu geben, auf der hohen See das Steuer so zu lenken, daß es das in seinem Lauf verschlagene Schiff auf schnellem und sicherm Wege dem Lande wieder zuführe, und sich in Dem zurecht zu finden, was der Dichter mit den Worten sagt: „Man weiß doch, wo und wie."

Das Allernächste und Nothwendigste wäre freilich die Verständigung zwischen den beiden Großmächten, welche den Dualismus zu vertreten haben. Diese Verständigung ist keine schwere, wenn man sie nur ernstlich will. Sie ist darum nicht schwer, weil beide Staaten dabei gewinnen, und die Gewinne nicht ungleich sind, weil ferner das Interesse ihrer eigenen Sicherheit betheiligt ist, daß nach dem Aufhören der kleinen Staaten den revolutionairen Umtrieben mit der vollen erforderlichen Macht eines großen Staates begegnet werde und weil zuletzt auch ihre Stellung zu den andern europäischen Großmächten eine freiere und zuverlässigere werden muß.

Die durch und durch morsche in ihren Stützen gebrochene Existenz der kleinen deutschen Monarchen ist

ausführlich nachgewiesen worden, und der Beweis des Gegentheils kann ruhig abgewartet werden. Oesterreich und Preußen brauchen nur Nichts zu thun, um sich die kleinen Staaten nach und nach zufallen zu machen. Bleiben sie sich selbst überlassen, so wird die nur durch die fremden Bayonnette gezügelte Revolution ohne Barrikaden, in ganz einfacher Weise demokratischer Kammerüberhebung dem Throne und der Monarchie den Rest geben.

Man intervenire sodann und okkupire.

Das Recht des Stärkeren unterdrückt dann nicht den Schwächeren, denn die kleinen Fürsten sind nicht Oesterreich und Preußen sondern ihren eigenen Unterthanen gegenüber schwach und ohnmächtig. Diese sind es, welche sie verhindern, eine starke Regierung zu führen und nur, wenn die Monarchie von Preußen und Oesterreich neben sich und in unmittelbarem Verkehr kleine deutsche Republiken dulden wollen, mögen sie sich der Intervention enthalten.

Mediatisirungen sind ohnedies in Deutschland nichts Neues. Die geistlichen Kurfürstenthümer am Rhein waren ihrer Zeit eben so bedeutend und einflußreich, als heut zu Tage die kleinen Königreiche; und Reichsstädte wie Nürnberg, Augsburg, Magdeburg haben noch auf eine ganz andre Größe und Macht verzichten müssen, als jetzt bei Schaumburg-Lippe, Waldeck, Reuß, Schwarzburg und den übrigen Miniatursouverainetäten der Fall wäre.

Wenn in der Politik die Bedingungen des Nützlichen mit dem Nothwendigen zusammentreffen, so giebt es keine Einsprache dagegen.

Man wird aber sagen, die Verhältnisse Preußens und Oesterreichs in dieser Frage seien darum nicht gleich, weil jenes die Einigung mit den meist in sein Gebiet bereits eingeschlossenen oder doch in vieler Weise von ihm unmittelbar abhängigen Kleinstaaten leichter bewerkstelligen werde als Oesterreich, welches in Baiern und den Staaten des sich zeither selbst überlassenen südwestlichen Deutschlands kompakte Massen vor sich habe, die es nicht sobald durchdringen und amalgamiren könne.

Es ist etwas Wahres daran, aber auch nur Etwas. Ist einmal die preußische Union werkthätig konstituirt, und Oesterreich mit dem Dualismus einverstanden, so kann es ruhig abwarten, daß die deutschen Lande der südlichen ihm zufallenden Hälfte selbst die Anträge zu einem Unionsverhältniß stellen werden.

Für sich allein, mit eigener Politik können sie nich bestehen, und daß sie sich an Frankreich anschließen, ist eine Voraussetzung, die Niemand wagen wird. Wo wollen sie also anders hin, als zu Oesterreich?

Wenn Preußen bei seiner Union Formen beobachtet, so wird Oesterreich allerdings dazu noch mehr Ursache haben. Die Könige von Würtemberg und Baiern, die Großherzoge von Baden und Hessen sollen daher keineswegs mit einem Mal vom Throne steigen. Die innere Verwaltung ihrer Lande kann ihnen unver-

kürzt verbleiben, wenn sie nur in der Vertretung nach Außen, in der Handelspolitik und einigen andern Akten der Gesetzgebung mit Oesterreich kombinirt sind, und durch Militair-Konventionen eine gemeinschaftliche Wehrverfassung bilden.

Allgemein cirkulirt seit den Konferenzen in Bregenz die Rede von einem Schutz- und Trutzbündniß Baierns und Würtembergs mit Oesterreich. Seine Monarchen begegneten sich dort mit einer Innigkeit und Freundschaft, welche jedenfalls mehr als ceremoniell war und bedeutungsvolle Absichten verrieth. Die öffentliche Meinung fand dies ganz natürlich und zeigte nicht die geringste Verwunderung darüber. Damit ist jedenfalls der Beweis hergestellt, daß ungeahnt im Volke der Gedanke der politischen Theilung Deutschlands Platz ergriffen hat; und es dieselbe ganz so vollzieht, wie sie die natürlichen Verhältnisse und die gewohnten Ansichten mit sich bringen.

Preußen hat wiederholt für die Lösung der deutschen Frage den Weg freier Konferenzen vorgeschlagen. Von seiner Seite würde dennoch keinerlei Einsprache gegen die Gründung einer österreichisch-süddeutschen Union zu besorgen sein. Es verlangt nur, daß es mit der seinigen in Ruhe gelassen werde.

Oesterreich hat den Antrag bis jetzt abgelehnt und besteht auf den Bundestag. Für wie begründet auch das Wiener Kabinet die Rechtsfrage halten mag, die Sachen selbst sind seitdem trotz der Intervention in Hessen, der Kriegsrüstungen und des Inhibitoriums an

die Statthalterschaft von Schleswig-Holstein nicht vorwärts geschritten. Damit daß die Frankfurter Versammlung sich die deutsche Bundesvertretung nennt, ändert sich an der Thatsache Nichts, wonach die Hälfte Deutschlands daran nicht nur keinen Antheil hat, sondern auch ihrer Berechtigung widerspricht.

Hielte man sich heut zu Tage weniger an Worte und mehr an Begriffe, so würde sich die Frankfurter Versammlung ganz einfach nennen das was sie ist, — die süddeutsche Union.

Was hilft alle Rechtsbeständigkeit des Bundestags, wenn ihm die Wirklichkeit und die materielle Macht entzogen ist, seine Verfassung nach den in ihr liegenden Grundsätzen zur Geltung zu bringen. Nachdem die diplomatischen Verhandlungen an ihrem Ende angekommen sind, und zu weiter nichts geführt haben, als zu dem Beweise, daß Preußen unter keinen Umständen freiwillig bei dem alten Bundestag sich betheiligen werde, so ist zu wiederholen, was schon gesagt wurde. Der Bundestag muß die Exekution gegen Preußen beschließen und sie vollstrecken. Dann erweist er nicht nur seine Rechtsgiltigkeit, sondern was in der Politik noch mehr Werth hat, seine Fähigkeit und Macht.

Wenn man diesen Augenblick Deutschland in allen Ecken und Enden strotzend in Waffen sieht und die Zeitungen liest, welche von Nichts als Truppenmärschen und Koncentrirungen berichten, so will die Hoffnung schwinden für eine friedliche Lösung.

Man übersehe diese zwei Punkte nicht. Einmal, daß die Intervention des Bundes in Kurhessen auf dem Umstand begründet ist, daß sein Regent Mitglied dieses Bundes ist, und sodann, daß der Kern der Frage nicht in dem Zwang gegen einen Kleinstaat, sondern in dem Zwang gegen die Großmacht Preußen ruht. Hic Rodus hic salta.

Preußen hat die Mobilisirung seiner ganzen Armee, die Landwehr inbegriffen, beschlossen. Bei seiner musterhaften Wehrverfassung werden innerhalb vier Wochen 480,000 wolgerüstete Streiter auf den Beinen stehen. Das preußische Bewußtsein mag eine Verirrung des deutschen Nationalgefühls sein, aber es hat einen historischen Rechtsboden, und eine solidäre Kraft der Begeisterung. Es hat bereits einmal unter engern Verhältnissen glücklich mit Europa gefochten. Seine Lage jetzt ist in mancher Weise analog der Zeit, die dem siebenjährigen Krieg vorausging. Will es als Großmacht weiter leben, so muß es sich vergrößern, oder resignirend untergehen. Es kann nur vorwärts gehen, Stillstand ist sein Tod.

Diese Nothwendigkeit kann auch dem gewöhnlichen Scharfblick eines Staatsmannes nicht entgehen. Nur die Diplomaten des Tages möge man von der Sache weglassen. Die Großmächte haben in ihren Kabinetten noch die politischen Köpfe, welche hier allein berufen sind.

Die nothwendige Vergrößerung Preußens wird von diesen Köpfen auch in Wien anerkannt und bewilligt. Wogegen man allein zu kämpfen gezwungen

wäre, ist eine Vergrößerung, welche über die Nothwendigkeit hinausgeht, und in eine Sphäre reicht, wo der Antheil Preußens dem Löwen gleichen würde.

Andrerseits weiß man in Berlin sehr wol, daß ein Krieg, den Preußen mit Europa führen wollte, nur ein Krieg der Revolution sein kann, ein Krieg der in demokratischen Sympathien und Tendenzen seine Stütze und Hilfe hat. Was aber die Dynastie der Hohenzollern am Ende von der Demokratie erwarten darf, wird man ihr zu sagen wol nicht nöthig haben.

Das Interesse monarchischer Selbsterhaltung ist der zuverlässigste Vermittler zwischen Oesterreich und Preußen. Vor seiner dringenden Beweisführung halten keine Mißverständnisse Stich. Wie lag der Kurs der demokratischen Aktien darnieder, und wie ist er seit den letzten Wochen gestiegen! Hat denn die Monarchie keine Augen und will nicht sehen!? Ihre Katastrophen werden ohnedies kommen, möge sie nicht selbst sie beschleunigen!

Bereits offenbaren sich die Anzeichen der Verständigung. Die Streitmacht, die sich zwischen Rhein, Main und Neckar konzentrirt, wird keine vorübergehende Demonstration sein, sondern sich zu einer dauernden Thatsache gestalten. Die Demokratie Deutschlands muß in ihrem Sitze selbst in Fesseln geschlagen und ihr Feuerbrand auf eignem Heerd gelöscht werden. Ist dies Werk vollbracht, dann Frankreich habe Acht!

Wenn also die Waffen zwischen Oesterreich und Preußen nicht entscheiden, so thue es eine kluge

Friedenspolitik, vernünftige Einsicht in die Sachlage und das wolverstandne Interesse. Groß- und Kleindeutschland sind zwei leere Phrasen, die schon viel Unheil und Verwirrung angestiftet haben. Der Dualismus theilt in gleiche Hälften, und die damit für Oesterreich erfolgende Verstärkung seines deutschen Elements, wird auch seinem Berufe, die Kultur nach Osten zu tragen, am zweckdienlichsten sein.

Ob aber Preußen Baden verlassen wird? Es macht bereits die Miene dazu und wird es ganz verlassen, sobald es die Consolidirung seiner Macht im Norden und Nordwesten mit Einfluß Hannovers dadurch erreichen kann. Es wird es ferner darum verlassen, weil ihm die Schwierigkeit seiner dortigen Lage und deren nicht anders als durch große Militairmacht mögliche Behauptung nicht entgangen sein kann. So lange freilich der Bundestag in Frankfurt sitzt, und friedliche Beschlüsse faßt, wird Preußen einen Punkt nicht aufgeben, welcher ihn für die Eventualitäten eines ernsteren Konfliktes von so strategischer Wichtigkeit ist, als das Großherzogthum Baden.

Wenn aber die Kleinstaaten mediatisirt sind, und Deutschland zwischen Preußen und Oesterreich getheilt, ist dann auch Deutschland verloren?

Darauf antwortet sich wieder am besten mit der Frage, wie steht es um das jetzige Deutschland mit der nun länger als zwei Jahr dauernden Anarchie, seiner Verfassung? Und wie wird es stehen mit dem Deutschland, wenn es mit der alten Bundesakte von Neuem eingerichtet werden sollte?

Der Name Deutschland besteht dann freilich, aber Preußen, Oesterreich und die ganze Stufenleiter der sechs und dreißig Souverainetäten sind wieder seine Theile, und das Wesen und der Begriff des Namens ist wieder das alte Phantom eines Vaterlandes in bunter Farbenmischung, uneinig und zerrissen, eifersüchtig und gewaltthätig nach Innen, schwach und ohnmächtig, abhängig und oft verrätherisch nach Außen. Das einmal Schlechte kann, wenn es hergestellt wird, nur schlechter werden.

Aber der Dualismus vernichtet den Namen. Deutschland verschwindet von der Karte Europas, Preußen und Oesterreich nehmen die Stelle.

Zugestanden, daß es so kommt, was schadet es? Was ändert es an der Nothwendigkeit der Dinge, welche die Machttheilung zwischen Preußen und Oesterreich auch von einem Staatenbund oder Bundesstaat nicht abhalten wird. Der Dualismus ist jedenfalls der Ausdruck der Wahrheit, und die Aeußerung einer Kraft. Und das Recht in der Politik ist die Nothwendigkeit und der Nutzen.

Wer will behaupten, daß der Dualismus das hohe Ziel deutscher Einigung auf immer vernichte? Die beiden großen Hälften der Nation können sich um so weniger einander entfremden als auf ihrem Einverständniß allein die Sicherheit der Existenz nach Westen wie nach Osten beruht. Auf dem materiellen Gebiet sind die Beziehungen nicht minder auf einander gewiesen, und wenn auch die Zoll- und Handelseinigung eines europäischen Mittelreichs die tiefdringenden Un-

terschiede der Kulturstufen, Erwerbs- und Handelsweisen, der staatswirthschaftlichen Gesetze und Uebungen so wie der Bodenverhältnisse nicht mit einem Mal nivelliren kann, so ist doch gewiß die Zukunft eines freien internationalen Verkehrs nirgends näher gerückt, als zwischen diesen beiden Hälften deutscher Nationalität, und den in ihr Kulturgebiet fallenden Stämmen des Ostens.

Wenn der Philosoph oder große Gesetzgeber mit den Errungenschaften seines Geistes bis auf die Nachwelt reicht, so gehört der Staatsmann der Gegenwart und der Mitwelt zu. Es heißt darum nicht von dem Morgen bis zum Abend regieren, wenn man das für den Augenblick Erreichbare und Zweckmäßige erfaßt und dafür selbst einer glänzenden aber unsicheren Idee entsagt. Die deutsche Einheit ist diese Idee, aber keine glänzende, wenn man sie als Bundestag versteht, und darum auch keine verführerische. Die andere, die revolutionaire, vom Jahre 1848 ist glänzend, aber sehr weit und fern. Zwischen beiden steht das Nahe und Erreichbare, gerade nicht glänzend aber auch nicht vermodert. Man kommt damit nicht in den Aether, aber auch nicht in die Gruft. Und was Alles entscheidet, es ist den Bedürfnissen und Interessen unsrer Zeit gedient. Neue Ereignisse werden kommen und mit ihnen eine Generation, der ihre Arbeit überlassen bleiben muß.

LIBRARY
MAR 25 1976
UNIVERSITY OF TORONTO

Voigt's Buchdruckerei in Wandsbeck.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

BRIEF
DD
0030085

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 09. 09 08 05 006 1